



PRESTO Beteilige dich am Arbeitskampf	4
ROJAVA Queere Genoss_innen im bewaffneten Kampf	8
ARGENTINIEN Die Strasse wird es richten müssen	9
ANTISEMITISMUS Instrumentalisierung von Rechts	10



GESCHLECHTERVERHÄLTNISSSE

Frauen und Queers als Zielscheibe

Rechte Parteien und Bewegungen sind weltweit im Aufwind. Sie stellen Regierungen, hetzen als Opposition gegen Minderheiten oder sind Teil von Protestbewegungen auf der Strasse. Neben «Ausländer_innen» sind Feminist_innen, Frauen und LGBTIQ-Personen beliebte Zielscheiben. Themen wie Geschlecht und Sexualität sind zentral für die aktuellen Mobilisierungserfolge der Rechten und lassen sich erfolgreich in ihrem Sinne politisieren.

(agfk) Rechtspopulistische Strategien versuchen in ihren Diskursen oft zwei Widersprüche aufzubauen. Einerseits einen vertikalen Antagonismus (zwischen unten und oben), also die Herstellung eines «Wir» gegen die politische Elite oder die «Lügenpresse». Andererseits benutzen sie auch einen horizontalen Antagonismus (also innerhalb der Bevölkerung) zwischen «Wir» und «den Anderen» und meinen damit Migrant_innen, Muslim_innen und immer öfter auch Feminist_innen oder LGBTIQ-Personen. Die SVP hat in ihrem neuen Parteiprogramm von 2023 ein gesamtes Kapitel, in welchem sie Strategien entwickelt, um dem «Gender-Terror» entgegenzutreten. Ein weiteres Beispiel ist die rechtsradikale «Junge Tat», die – inspiriert von der identitären Bewegung in Österreich – im Herbst 2022

eine Kinder-Vorlesung von Drag Queens in Zürich störte. Natürlich ist eine antifeministische Politik seit jeher fixer Bestandteil rechter Ideologien und entsprechenden Parteiprogrammen. Früher standen eher die «Emanzen» und ihre Gleichstellungspolitik im Fokus. Aktuell modernisieren und schärfen die Rechten ihre Positionen. Die Debatte verschiebt sich hin zur «Verteidigung» der heterosexuellen Kleinfamilie, zum Kindwohl und gegen Homosexuelle und trans Personen.

Geschlecht und Sexualität stellen sich also als besonders geeignete Themen für reaktionäre Kräfte heraus. Genau dieser Frage gehen Birgit Sauer und Otto Benz in ihrem Buch «Konjunktur der Männlichkeit – Affektive Strategien der autoritären Rechten» nach und untersuchen darin vor allem den Aufstieg der Rechten in Deutschland und Österreich. Sie sehen die Ursache für den Aufschwung der Rechten in Europa in den 80er Jahren, wo eine allmähliche Repräsentationskrise der etablierten Parteien beginnt. Dieser Krise der Repräsentation gehen massive ökonomische, politische und gesellschaftliche Veränderungen voraus, die oft als neoliberale Politik beschrieben werden und die auch von sozialdemokratischen Parteien durchgesetzt wurden. Es ist faktisch eine Reaktion des Kapitals auf die ökonomische Krise, die auf die

arbeitende Bevölkerung abgewälzt wird. Um versiegende Profitquellen zu kompensieren, werden Privatisierungen, Sozialabbau und Präkarisierung von Arbeitsverhältnissen durchgesetzt. Das ist der Kontext, in dem viele «Protestparteien» entstanden, teilweise auch linke, doch mehrheitlich rechte.

Gemäss Sauer und Benz greift aber eine simple ökonomische Verunsicherungstheorie zu kurz, um den Erfolg der Rechten zu erklären. Vielmehr sei es ein «Zusammenspiel von ökonomischen Transformationen, sozialen Kämpfen und Veränderungen von Geschlechter- und Sexualitätsregimen». Die These lautet, dass die Erfolge der rechten Parteien daher rühre, dass sie konkrete Widersprüche in der Mitte der Gesellschaft aufgreifen und nicht einfach nur den «abgehängten Rand» mobilisieren. Sie thematisieren Widersprüche rund um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung, die sich durch die «neoliberalen» Veränderungen verschlechtert haben. Die rechtspopulistische Strategie ist erfolgreich, weil sie Angst und Unsicherheit, die aus diesen Veränderungen entstehen, mobilisiert und diese Gefühle zu Wut auf «die Anderen» macht (leider weniger oft auf «die Oben»).

Fortsetzung auf Seite 6

Inhalt

- 3 WEF: Zurück auf der Weltbühne
- 4 Presto: Solidarität mittels Briefkästen
Razzia bei Zora in Berlin
- 5 GAV: Geschenkten Gäulen ins Maul schauen
- 7 Rückendeckung aus dem Internetschauen
- 8 Rojava: Mitten drin im revolutionären Prozess –
der Kampf um die Befreiung der Geschlechter
- 9 Der Messias des Kapitals? Javier Milei ist neuer Prä-
sident Argentiniens
Neonazi-«Feministinnen»
- 10 Die Bewaffnung des Begriffs Antisemitismus
- 11 Palästina: Zur Geschichte des Kolonialismus
- 12 Interview: «Wenn wir wollen, können wir euch
überall und zu jeder Zeit erreichen.»
- 14 Buchbesprechung: Schaffen die Jungs das?
- 16 Science-Fiction: Little Brother

POLITISCHE GEFANGENE

Gemeinsame Prozessklärung der Angeklagten im Rondenborg-Prozess

Mitte Januar fand der erste Prozesstag im sogenannten «G20-Rondenborg-Verfahren» in Hamburg statt. Die Prozesse gegen die sechs Angeklagten werden noch bis im Sommer andauern. Diese haben den Prozessauftakt genutzt, um eine gemeinsame Erklärung vor Gericht zu verlesen: In Hamburg traf sich ein Gipfel von Umweltzerstörern und Klimaleugnern, Patriarchen und Rassisten, von Kriegstreibern und Militaristen. Scholz, Merkel, Trump, Erdogan, Putin, Macron – sie stehen stellvertretend für die Politik, mit der sich Konzerne diesen Erdball unter den Nagel reißen, mit der durch Krieg, Armut und Klimawandel Millionen die Lebensgrundlage entzogen wird. In Hamburg wurde erneut für alle sichtbar: Die Politik der G20 ist eine Politik der Gewalt und Unterdrückung.

Die Gewalt, mit der sich die Profitlogik des Kapitalismus auf diesem Erdball breit macht, ruft weltweit Proteste hervor. Immer erbitterter werden die Kriege um Rohstoffe und Absatzmärkte geführt. Die weltweiten Rüstungsausgaben steigen immens. Die BRD als viertgrößter Waffenlieferant der Welt ganz vorne mit dabei. Immer näher rückt der Klimakollaps. Doch statt ernsthaft etwas zu verändern, werden in Deutschland ganze Dörfer dem Erdboden gleichgemacht, damit RWE auch noch in zehn Jahren Kohle fördern und verbrennen kann. Selbst für angeblich grüne Energien werden Menschen in Afrika von ihrem Land vertrieben und ihnen ihr Wasser geraubt. Immer mehr Menschen fliehen vor dem Elend. Jedes Jahr sterben dabei allein im Mittelmeer Tausende. Doch anstatt den Menschen Schutz zu bieten, rüstet die EU weiterhin die Grenzen auf und Deutschland schafft das Asylrecht faktisch ab.

Wir alle waren mit unterschiedlicher Motivation und verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten Teil der G20-Proteste. Die Welt wie auch unsere eigenen Lebensverhältnisse stehen fast 7 Jahre nach dem Hamburger G20-Gipfel an einem anderen Punkt – doch dieses Verfahren hat uns nun zusammengeführt. Was uns hier und heute eint ist der Wunsch nach einer Gesellschaft, in der Menschen nicht vor Hunger sterben, obwohl es genug zu essen gibt, in dem sich niemand unter Bombenhagel zur Nachtruhe legen muss, in der diese Grausamkeiten zur Vergangenheit gehören, in der die Natur geschützt wird und in der alle zusammen ein menschenwürdiges Leben führen können. Dafür waren wir immer wieder auf der Straße, dafür setzen wir uns heute und auch in Zukunft entschieden ein. Ungekürzte Erklärung und weitere Infos zu den Prozessen: www.gemeinschaftlich.noblogs.org



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Widerstandsquilt in Zürich, Januar 2024.

Editorial

Bereits in der letzten Ausgabe ging es um die anhaltende Rechtsentwicklung. In Schwerpunkt dieser Ausgabe widmen wir uns den Angriffen von rechts im Zusammenhang mit einem neuen Antifeminismus. Frauen und Queers werden zur Zielscheibe der rechten Hetze und auf den sozialen Medien tummeln sich Sexisten und Frauenhasser, die weltweit das Geschlechterbild einer Generation junger Männer prägen. Auch deswegen steht der diesjährige 8. März für den Aufbau unter der Parole «8. März isch antifa».

Ein solcher Antifaschismus kann verschiedene Formen annehmen. So berichten wir in den folgenden Artikeln auch vom Widerstand gegen die libertäre Regierung in Argentinien, von der Solidarität mit der feministischen Organisation Zora oder vom Leben einer LGBTIQ+ Kämpferin, die im bewaffneten revolutionären Kampf fiel. Was wir dabei für den Protest in Argentinien prophezeien, gilt auch für alle anderen Themen, die uns an diesem 8. März beschäftigen: Wollen wir als Sieger_innen aus dem Kampf mit den rechten Kräften hervorgehen, wird es die revolutionäre Gegenmacht auf der Strasse richten müssen.

Der Blick über die Grenze der Schweiz hinweg gibt Orientierung. Dafür bieten wir in dieser Ausgabe ein besonders ausführliches Interview zur Lage in Rojava. Doch auch hier läuft einiges. In der Stadt Zürich sollen die Kindertagesstätten (Kitas) einen Gesamtarbeitsvertrag erhalten. Was halten wir davon? Und bei der Presto AG verlangen die Arbeiter_innen mehr Lohn. In ihrem Klassenkampf können wir sie unterstützen. Wie, das erfährst du im entsprechenden Artikel.

Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf die Zerstörung des Planeten und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zielt der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

DAVOS

WEF: Zurück auf der Weltbühne

Zeichen der Zeit, dass das diesjährige World Economic Forum (WEF) wieder dergestalt zum Zentrum der Weltpolitik wurde. Beim diskreten Treffen in den Bergen koordiniert der Westen seine mehr werdenden Konflikte.

(gpw) Nachdem das jährliche Treffen des WEF 2020 noch mit dem Besuch des damaligen US-Präsidenten Donald Trump auftrumpfen konnte, folgten pandemiebedingt zwei Jahre entweder ganz ohne WEF (2021) oder aber mit einer sommerlichen Version des Forums auf dem luzernischen Bürgenstock (2022). 2023 folgte die Rückkehr zum etablierten Format – Davos im Januar –, noch aber ohne den Punch zu entwickeln, welches das WEF in den vergangenen Jahrzehnten oftmals ausgezeichnet hatte. «Kooperation in einer fragmentierten Welt» war damals das Leitmotiv. Während die Fragmentation objektiv unstrittig war und ist, war der Kooperationswille der Herrschenden vor einem Jahr noch weniger ausgeprägt. Das Leitmotiv war seiner Zeit voraus. Das Format also ab da wieder dasselbe wie zuvor, doch dominierte noch die Wirtschaft mit ihren üblichen Vertretungen von Finanz- und Grosskapital das Forum, während die Politik die grosse Abwesende war. Dasselbe kann von der diesjährigen Ausgabe nicht behauptet werden. Die Politik bestimmt den Auftritt des Forums gegen aussen. Woran es liegen mag? Zum einen ist der Kooperationsbedarf dergestalt angestiegen, dass der Wille fast schon folgen muss. Offener Krieg in Palästina und Israel, Patt im Krieg in der Ukraine, am Horizont eine mögliche Wiederkehr des vormaligen US-Präsidenten, der «America First» weniger transatlantisch umsetzen will als der derzeitige, Deutschland droht als «kranker» oder zumindest «müder Mann» die Wirtschaft der Europäischen Union ins Verderben zu ziehen... Einfach ist es für die Herrschenden derzeit nicht, das Chaos zu navigieren, das sie mitverursachten.

Zum anderen schafft der als Überraschungsgast geladene ukrainische Präsident Selenski sowie die unmittelbar vor dem WEF in Davos stattgefundene Konferenz zur Ukraine, an der hohe Kader verschiedenster Regierungen teilnahmen, eine Konzentration an Prominenz, die fast unweigerlich andere nach sich ziehen muss. Wenn sowieso alle dort sind, weshalb nicht nachziehen? Systemisches trifft auf Zufälliges, als Produkt folgt eine Gästeliste des Forums, die das politische Who-is-Who des Westens beinhaltet, aber auch Repräsentanten anderer Pole der fragmentierter-werdenden Welt beinhaltet (wie etwa die Volksrepublik China, der Iran, Qatar oder Saudiarabien). Trotz eklatanter Dominanz des Westens in der Bestimmung der Agenda des Forums, bleibt es zugleich sein Ansatz, die Herrschenden aller Länder an einen Tisch zu bringen (mit Ausnahme Russlands).

Die Erwartungen der Herrschenden

Die Weltlage spiegelt sich in den Erwartungen der WEF-Gäste. Jahr für Jahr produziert das Forum einen «Global Risk Report», basierend auf einer Umfrage unter



Kriegsprofiteure: Bundesrätin Viola Amherd mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg.

allerlei Auserwählten. Konkret repräsentieren diese wiederum insbesondere westliche Unternehmen: Mehr als 50% der Umfrageteilnehmer_innen sind aus Nordamerika oder Europa und ziemlich genau 50% der Befragten sind in der Wirtschaft tätig (das WEF befragt zudem auch Regierungen, internationale Organisationen oder Akademiker_innen). Das heisst: Der globale Risikobericht des WEF widerspiegelt stark die Risikoerwartungen der imperialistischen Wirtschaft, was wiederum für uns spannend ist, weil ihre Einschätzungen oftmals weder an den Haaren herbeigezogen sind und vor allem auch, weil ihre jetzigen Einschätzungen die Grundlage ihrer kommenden Handlungen sind.

Wovon gehen die Mächtigen aus Gross- und Finanzkapital aus? Eine Kernfrage des Berichts bezieht sich auf die erwartete Weltlage in den nächsten zwei und zehn Jahren. Während ein kleiner Teil der Befragten davon ausgeht, dass die Dinge im Grossen und Ganzen ruhig bleiben (16% mit Horizont auf die nächsten zwei Jahre, 9% mit Blick auf die nächsten zehn Jahre), geht umgekehrt der grosse Rest davon aus, dass sich die kommende Weltlage wahlweise als «unruhig», «turbulent» oder «stürmisch» beschreiben lässt, wobei sich diese Kategorien lediglich hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit und Intensität von globalen Katastrophen und Aufständen unterscheiden. Überwiegend erwarten sie in den nächsten zehn Jahren in der einen oder anderen Form den Klimakollaps; an zweiter Stelle und dritter Stelle folgen digitale und gesellschaftliche Geschehnisse (wie Migration und Polarisierung). Summa summarum: «A deteriorating global outlook» (eine Verschlechterung des globalen Ausblicks), wie es der Bericht

festhält.

Autoritäre Aussichten

Keine schlechte Zeit also für das WEF, sich als diskreten Hafen für Debatten unter Mächtigen zur Verfügung zu stellen, die die «Stakeholders» dieser Welt involvieren wollen. Und wie die diesjährige Ausgabe zeigt, ist der Kooperationsbedarf im Sinne eines erhöhten Austauschs zwischen den geladenen Gästen durchaus vorhanden. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihre Parteilichkeit von A bis Z gegeben ist – der einzige Grund, weshalb sie sich an denselben Tisch setzen, ist es, um ihre jeweils eigenen Interessen durchzusetzen, und gemeinsam die kapitalistische Kontinuität zu sichern. An diesen Rahmenbedingungen wird nicht gerüttelt, wohlfeile Erklärungen und dergleichen hin oder her.

Brüchig wird die integrative Selbstdarstellung dort, wo jenen das Wort erteilt wird, die auf die multilateralen Krisenbewältigungsstrategien pfeifen und offen autoritäre Perspektiven in der Krise eröffnen. Es trifft Inhalt auf Form, wenn der neue argentinische Präsident Javier Milei am Forum zur Publikumsbeschimpfung ansetzt, den Teufel des Sozialismus an die Wand malt und für einen Kapitalismus in seiner libertären Reinform agitiert, in welchem alle erkämpften Errungenschaften der unteren Klassen kurzerhand über Bord geworfen werden. Gegeben der Zeichen der Zeit repräsentiert Milei wohl eher den politischen Ansatz der oberen Klassen von morgen, wenn es wahlweise «unruhig», «turbulent» oder «stürmisch» wird. Das Kapital wird damit keine Probleme haben, im Gegenteil.

UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

ZH: Brennende Pneus vor US-Konsulat

Mit brennenden Pneus vor dem Zürcher US-Konsulat haben wir gestern (25.1.2024) einen flammenden Gruß an die kämpfenden Völker von Palästina bis Kurdistan gesendet und dabei dem US-Imperialismus zu verstehen gegeben, dass wir ihm kein ruhiges Hinterland bieten. So alt wie der Imperialismus ist auch der Widerstand gegen ihn. Kuba, Vietnam, Philippinen und heute unterstützt er die Kriege in Gaza, der Westbank und Rojava. Der Imperialismus ist aber nicht alleine, seine wirtschaftlichen und militärischen Verknüpfungen zeigen auf, wer auf seiner Seite steht. Die Öffnung des Luftraumes durch die USA über Rojava ermöglicht erst die Bombardierung durch den faschistischen türkischen Staat, Lieferungen von militärischem Equipment an das israelische Militär treiben den Genozid an den Palästinenser:innen weiter voran und die Bombardierungen des Yemens zeigen, dass es dem US-Imperialismus einzig und allein um die Interessen des westlichen Kapitals geht – egal zu welchem Preis. Zionismus, Faschismus und Imperialismus müssen nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern können auch, wie aktuell zu beobachten ist, Hand in Hand gehen. Erdogan kann sich noch lange als Beschützer der

Palästinenser:innen aufspielen, doch die erst kürzlich vollzogenen Waffendeals mit Israel belehren uns eines Besseren. In der Öffentlichkeit mögen sie sich anbellern, im Hintergrund schütteln sie ihre dreckigen Hände. Gerade Gipfeltreffen wie sie letzte Woche hier bei uns in den schweizer Bergen am World Economic Forum stattfanden, eignen sich für diese Koordination der Herrschenden. Immer wieder versuchen sie den Widerstand zu brechen. Doch ihre Bomben, Drohnen und Gewehre scheitern am Widerstand. In den Bergen Kurdistans ist die Guerilla in der Lage, gegen die hochtechnologische türkische Armee nicht nur zu bestehen, sondern dieser auch immer wieder empfindliche militärische Schläge zu versetzen. Die kontinuierliche Anpassung an den Gegner und an die äusseren Umstände ermöglichen ihr Erfolge, wie sie in den letzten Wochen zu beobachten waren, z.B. dass die Armee des türkischen Faschismus zurückgedrängt werden konnte, z.B. von verschiedenen Berggipfeln in der Zap Region. Angesichts des Genozids an den Palästinenser:innen, den Bomben auf das kurdische Volk und dem Imperialismus der all dies unterstützt und zu verantworten hat, heisst das für uns, diesen auch

hier anzugreifen. Der Feind ist in unserem Land zu finden, das Feuer des Widerstandes dort muss sich auch hier ausbreiten, dem Imperialismus ist kein ruhiges Hinterland zu gewähren.

Kommando Marc Rudin
<https://barrikade.info/article/6292>

PRESTO

JETZT: Solidarität mittels Briefkasten

Die Arbeiter_innen der Presto AG verlangen mehr Lohn. Diese Forderung ist richtig und mutig. Um den ungleichen Kampf positiv zu beeinflussen, braucht es die Hilfe ganzer Strassenzüge. Und darum von dir persönlich.

(agkk/az) Wenn sich die Presto-Arbeiter_innen zum Kampf entscheiden, so erscheint diese Auseinandersetzung als ein schwieriges Unterfangen. Auf der einen Seite stehen vereinzelt arbeitende Frühzusteller_innen, die bei Wind und Wetter die Tageszeitungen austragen. Manche von ihnen stellen den Wecker auf 2:30 Uhr. Dann bringen sie den Blick, den Tagesanzeiger die NZZ oder das Tagblatt pünktlich ins Haus. Meistens arbeiten sie täglich nur sehr kurze Zeit und verdienen damit ein Zubrot von aktuell 19 Franken pro Stunde. Sie werden gepiesackt durch vereiste Treppenstufen und von Zeitungsdieben. Fehlen zwei Tagesanzeiger, folgt ein Donnerwetter der Vorgesetzten. Bezahlte werden nicht einmal die effektiv geleisteten Arbeitsstunden. Jede Zustelltour hat eine berechnete Arbeitszeit, wobei der vergütete Sekundenwert je nach Zeitung variiert. Die meisten Zusteller_innen wissen, dass die Frühzustellung keine grosse Zukunft hat. Zwar haben wir alle einen Briefkasten, doch die wenigsten erhalten noch eine papierene Tageszeitung. Das Wissen um die Endlichkeit der eigenen Arbeit prägt Bewusstsein und Kampfgeist. 21 Franken Lohn pro Stunde wären nicht zu viel verlangt, solange es die Presto AG noch gibt.

Die Presto AG gehört der Post

Auf der anderen Seite steht niemand anders als der «Gelbe Riese». Der Schweizerischen Post gehört die Presto AG, doch im Verwaltungsrat sitzen auch noch alle grossen Verlage der Schweiz. Letztere wollen eine Frühzustellung, die ihnen billig kommt. Schon in den Neunzigerjahren begann die Post mit Beteiligungen bei der Frühzustellung. 2009 wurde sie zum Branchenprimus durch den Beschluss der NZZ-Gruppe und der Tamedia, ihre wenig rentablen Zustellunternehmen zusammenzulegen und an die Post zu verkaufen. Zusätzlich schluckte die Post die regionalen Verteilorganisationen ZUVO und BEVO und vereinte alles unter dem Dach der Presto. Es liegt also auf der Hand, dass sich alle Parteien die Verantwortung gegenseitig zuschieben, warum höhere Löhne unpässlich wären. Doch die Konstellation hat es in sich. Während von den Medien kaum ein gutes Wort über einen allfälligen



Streik zu hören sein würde, fürchtet die Schweizerische Post um den guten Ruf. Denn sie bemüht sich um ein bevölkerungsnahes Image.

Hinter den Kulissen der Post sieht es anders aus. Der defizitären Tochtergesellschaft Direct Mail Company wurde kürzlich der Todesstoss gegeben, womit mehrere Tausend Werbe-Zusteller_innen ihren Job verloren. Ähnliche Pläne verfolgte die Post mit den vor der Insolvenz stehenden Firmen Quickmail und Quickpac. Die WEKO legte dazu jüngst ihr Veto ein und verbot die geplante Übernahme. Auf dem umkämpften Markt präsentiert sich die Post als knallharter, profitorientierter Konzern – in der Aufbau Zeitung Nummer 115 haben wir schon berichtet.

Du und deine Nachbarschaft

Ende 2023 ist der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) der Presto AG ausgelaufen – anfangs Jahr wurde er nochmals um drei Monate verlängert. Mit der Eröffnung der Streikkasse und der Erfahrung des Arbeitskampfes aus dem Jahre 2009 ist ein hoher Grad an Selbstorganisation und Bewusstsein in Teilen der Belegschaft vorhanden. Der Kampf ist aus erwähnten Gründen ungleich. Wir haben uns mit anderen Kräften im Komitee «Solidarität mit dem Kampf bei Presto» zusammengeschlossen.

Jetzt geht's darum, die Forderung bekannt zu machen und den Kampf auszuweiten. Dafür können wir in dieser taktischen Phase das Quartier involvieren. Es gibt Aufkleber (mit dazugehöriger Erklärung), die am Briefkasten montiert werden und Solidarität mit den Kämpfenden zum Ausdruck bringen. Diese Aufkleber sollen in so viele

Briefkästen wie möglich gelangen, sodass die Nachbarschaft flächendeckend informiert wird und sich mit dem Kampf solidarisieren kann. Nun sind viele helfende Hände erforderlich, um ganze Strassenzüge mit Aufkleber zu versorgen. Die Presto AG, die Post und die Verlage der Schweiz werden so zum Gesprächsthema bei Nachbar_innen und Zustellenden. Aufkleber können beim Komitee «Solidarität mit dem Kampf bei Presto» bestellt werden, Klassensolidarität wird leb- und erfahrbar.

Jetzt Aufkleber bestellen: Gib Deine Postadresse und gewünschte Anzahl Aufkleber bekannt: solikomitee@gmx.ch



REPRESSION

Der internationale Krieg gegen Palästina: Razzia bei ZORA in Berlin

Zum repressiven Angriff auf ZORA, der reaktionären Offensive gegen die Palästinasolidarität, zu Imperialismus und Genderdimension

(agkkz) In einer neuen Eskalationsstufe der Repression gegen die Palästinasolidarität waren letzten Dezember 170 Polizeibeamte bei der ZORA-Razzia im Einsatz. Der Auslöser: ein Instagram-Post.

Die Durchsuchungen in verschiedenen Berliner Stadtteilen markieren nach dem Verbot des Palästinasolidaritätsnetzwerks Samidoun eine weitere Eskalation der Repression gegen pro-palästinensische Gruppierungen. Begleitet wurde die reaktionäre Offensive mit rechter Hetze der bürgerlichen Medien gegen jegliche Palästina-Solidarität, einer unkritischen Wiedergabe israelischer Hasbara, Missbrauch des Antisemitismus-Vorwurfs als politische Waffe, sowie zunehmende Islamophobie und geschürter anti-arabischer Hass.

Warum wird gerade gegen ZORA so vehement vorgegangen? Der Grund liegt darin, dass ZORA als revolutionär-feministische Organisation nicht einfach ein konformes bürgerlich-feministisches Engagement betreibt, sondern sich entschieden für eine kämpferische, internationalistische Perspektive einsetzt und Solidarität mit dem anticolonialen Kampf im besetzten Palästina bekennt. Der Kampf für die Befreiung Palästinas ist international, entsprechend auch die Repression.

Die BRD als wichtiger Partner Israels unterstützt den Apartheidstaat durch diplomatischen Schutz, wirtschaftliche und militärische Hilfe. Wenn Südafrika in Den Haag den Genozid in Gaza anklagt, eilt die BRD eiligst zur Verteidigung der zionistischen Verbrecher_innen. Deutsche Rüstungsexporte nach Israel haben sich im letzten Jahr im

Vergleich zum Vorjahr fast verzehnfacht. Bis zum 2. November hat die deutsche Regierung den Export von Rüstungsgütern im Wert von fast 303 Millionen Euro nach Israel genehmigt. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2022 waren es Rüstungsexporte im Wert von 32 Millionen Euro.

Die «feministische Aussenpolitik» der Aussenministerin Annalena Baerbock bedeutet Unterstützung für einen Genozid, bei welchem bereits über 25.000 Palästinenser_innen ermordet wurden, 70% davon Frauen und Kinder. 50.000 Frauen in Gaza sind schwanger, unzählige mussten sich bereits ohne Anästhesie einem Kaiserschnitt unterziehen und Fehlgeburten sind um 300% gestiegen.

Dass skrupelloser imperialistischer Interessenspolitik heuchlerisch ein feministischer Anstrich verpasst wird, ist nicht neu. Seit dem «War on Terror» wurde das Narrativ des Demokratie, Menschen- und Frauenrechte hochhaltenden fortschrittlichen Westens intensiv gepflegt. Als Gegenstück dient das Bild einer barbarischen, rückständigen islamischen Welt.

Dabei wird auf alte koloniale Narrative zurückgegriffen, wie Deepa Kumar in ihrem Buch «Islamophobia and the Politics of Empire: Twenty Years after 9/11» aufzeigt. Schon als das britische Imperium im 19. Jahrhundert in Ägypten einmarschierte, verkündeten die britischen Medien die Befreiung der ägyptischen Frau. Lord Cromer, der die Besatzung überwachte, schrieb: «Der Islam als soziales System hat völlig versagt ... Die Herabwürdigung der Frauen im Osten ist ein Krebsgeschwür, das seine zerstörerische Wirkung schon in der frühen Kindheit entfaltet und sich in das gesamte System des Islam hineingefressen hat». In seiner Heimat war dieser Verfechter ägyptischer Frauenrechte jedoch ein entschlossener Gegner der Gleichberechtigung britischer Frauen.

Der Orientalismus hat eine stark ausgeprägte Gender-Dimension. Die Frauen des Orients werden dabei zu rettungsbedürftigen, passiven Opfern verklärt, unfähig für sich einzustehen. Bis heute sehen wir die gleichen liberalen Rechtfertigungen für imperialistische Kriegstreiberi und die Verleumdung des palästinensischen Volkes. Der Westen muss nach dieser Logik nicht nur sich selbst vor Terroristen schützen, sondern auch die Frauen der islamischen Welt vor ihrer eigenen Gesellschaft.

Doch weder mit den Kolonialexpeditionen nach Ägypten im 19. Jahrhundert, noch mit der Invasion Afghanistans im 21. Jahrhundert hat der Westen die Emanzipation der Frau vorangebracht. Stattdessen verschlechterte sich ihre gesellschaftliche Position in beiden Beispielen.

Wahre Emanzipation ist auf authentische Befreiungsprozesse angewiesen. Gesellschaftliche Veränderungen resultieren aus Kämpfen und unzählige Kämpferinnen haben in der Geschichte und Gegenwart anticolonialer Kämpfe, ob in Algerien, Vietnam oder Palästina, das orientalistische Narrativ als plumpe Lüge entlarvt. Sie haben nicht nur die Befreiung ihrer unterdrückten Nationen, sondern auch ihre eigene Befreiung als Frauen selbständig, selbstbestimmt und selbstbewusst vorangetrieben.



Im Bild

25-jährig war Leila Khaled, als die Militante der PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) im August 1969 als erste Frau ein Flugzeug entführte. Die Aktion verlief friedlich, und Khaled erreichte zweifelsohne eins ihrer Hauptziele: Palästina und die PFLP international bekannt zu machen. Bekannt wurde aber auch sie selbst, ihr Bild mit Kufiya und AK-47 ging um die Welt. Um sich weitere militante Praxis zu ermöglichen, unterzog sie sich zahlreichen Gesichtsoptionen. 1970 war sie an einer weiteren Flugzeugentführung beteiligt. Dieses Mal landete sie im Gefängnis und kam erst bei einem Gefangenenaustausch frei. Sie lebt seither in Jordanien, wo sie weiterhin für die PFLP arbeitete. Am 9. April diesen Jahres feiert Leila Khaled ihren 80. Geburtstag.

ARBEITSKAMPF

Geschenkten Gäulen ins Maul schauen

In der Stadt Zürich sollen die Kindertagesstätten (Kitas) einen Gesamtarbeitsvertrag erhalten. Die Stadt Zürich macht den Weg frei und würde einen Teil finanzieren. Wie ist das politisch einzuordnen, und was bedeutet es taktisch für den Arbeitskampf?

(az) Die Situation in den Kitas wird schon lange angeprangert. Von der Gewerkschaft VPOD, von der Basisgruppe Trotzphase, von unzähligen Angestellten, von der feministischen Bewegung und von den Eltern. Die Kitas sind notorisch unterdotiert. Der Lohn steht in keinem Verhältnis zur Intensität und Bedeutung der Arbeit. 15-jährige Praktikant_innen zählen gleich viel im Betreuungsschlüssel wie ausgebildete Fachpersonen. In der Schweiz ist die Kinderbetreuung, in bester patriarchaler Tradition, immer noch sehr oft Privatsache, die bevorzugt unbezahlt oder wenn, dann oft schlecht bezahlt geleistet wird. Die Finanzierung ist im Vergleich zu den Nachbarländern unterirdisch. So zahlen in der Schweiz die Eltern zwischen 38% und 66% der Vollkosten selber.

Die Forderungen stiessen lange auf taube Ohren. Die Kitabetreibenden und der Verband Kibesuisse klagten, dass Verbesserungen nicht finanzierbar seien, die Gemeinden schoben die Verantwortung auf die Kitas und umgekehrt. Die Gewerkschaften waren, zumindest in der Deutschschweiz, nicht in der Lage, genug Druck aufzubauen, um Verbesserungen zu erkämpfen. Anders sah es in der Romandie aus: Im Kanton Waadt führten starke Mobilisierungen in den Jahren 2015 bis 2017 zum Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrages auf Anfang 2019. Gleiches gilt für den Kanton Genf. Die Löhne in diesen Kantonen liegen im Vergleich zur Deutschschweiz rund 15% höher. Es gibt eine 5. Ferienwoche und die Wochenarbeitszeit beträgt 40 Stunden. Das besondere an diesen Gesamtarbeitsverträgen: Der Staat bzw. die Kantone haben wesentlichen Anteil, dass es sie gibt. Sie werden als tripartite Gesamtarbeitsverträge bezeichnet. Gleiches ist nun in der Stadt Zürich in Ausarbeitung.

Wie ein Gesamtarbeitsvertrag, aber mit Staat

Ein tripartiter GAV ist eine relativ neue Erscheinung. Er existiert grundsätzlich nur im öffentlichen Bereich. Als weitere Voraussetzung muss der Bereich privatrechtlich organisiert sein, nach öffentlichem Personalrecht könnte der Staat direkt Regelungen verfügen. Dies betrifft also in erster Linie ausgelagerte oder gar nie staatliche Bereiche des öffentlichen Dienstes – wie die Kitas. Seit der Etablierung der Kitas herrscht in diesem Bereich eine für den Sozialbereich überdurchschnittliche Vielfalt an Anbieter_innen. Der Staat hat den Sektor dem Markt überlassen und reglementiert verhältnismässig wenig – was die prekären Bedingungen erklärt.

In einem klassischen Gesamtarbeitsvertrag mit zwei Parteien sind die Angestellten irgendwann stark genug, um die Forderungen mit der Gewerkschaft zusammen gegen die Eigentümer_innen durchzusetzen. In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes ist die Finanzierung zu einem erheblichen Teil staatlich. Das bedeutet, dass der finanzielle Spielraum, ohne zusätzliche Finanzierung durch den Staat, oft begrenzt ist. Das zeigt sich z.B. exemplarisch im Gesundheitswesen, wo eine Verbesserung der Situation



Ohne Druck kein guter GAV: Aktivist_innen der Trotzphase

der Angestellten schon lange angezeigt ist, viele Spitäler aufgrund des Mangels an Angestellten mittlerweile auch Willens wären, aber die Finanzierungsart der Fallkostenspauschale das systematisch verhindert. Natürlich werden diese Verantwortungsfragen von den Chef_innen gegenüber den Angestellten auch gerne als Ausrede genutzt.

Im Kitabereich hat der Arbeitgeberverband Kibesuisse die Forderung nach Verbesserungen für die rund 230 Kitas in Zürich lange abgewehrt, mit steigendem Druck der Basis und dem hohen Durchlauf an Angestellten jedoch zunehmend anerkannt. Im Jahr 2020 installierte das Sozialdepartement der Stadt ein institutionalisiertes Austauschgefäss mit den Kitabetreiber_innen und Fachpersonen, genannt Kita-Dialog. Ein darauffolgender «Runder Tisch», an dem auch Gewerkschaften und die Trotzphase teilnahmen, erarbeitete einen Massnahmenkatalog. Davon wurden einzelne Punkte angegangen, weniger wichtige verschwanden auch mal spurlos aus der Dokumentation, und die Kostspieligsten wurden nach hinten verschoben.

Basis oder Hinterzimmer?

Im letzten Jahr signalisierte die Stadt Zürich schliesslich Verhandlungs- und, noch wichtiger, Zahlungsbereitschaft für einen Gesamtarbeitsvertrag für alle Kitas in der Stadt Zürich. Das war ein für den Prozess entscheidendes Signal. So sehr, dass eben von einem tripartiten GAV gesprochen werden kann, einem verhältnismässig «geschenkten» Gesamtarbeitsvertrag. Gleichzeitig war es Aufbruchssignal für GAV-Verhandlungen zwischen VPOD und Kibesuisse, die nun diesen Frühling starten sollen.

Verhandlungstaktisch ist es natürlich erst mal erfreulich, dass Bewegung in eine verfahrenere und schon lange prekäre Situation kommt. Die Kinderbetreuer_innen in der Stadt Zürich können sich tatsächlich Hoffnungen ma-

chen, dass sich ihre Situation verbessert. Tripartite GAVs als neues Modell geben uns jedoch auch zu denken. Als revolutionäre Kräfte im Arbeitskampf zielen wir auf die Organisations-, Politisierungs- und Radikalisierungsprozesse der Arbeiter_innen und Angestellten. Die konkreten Verbesserungen sind aus unserer Sicht Beiprodukte des Kampfes. Wenn also nun «von oben» Ressourcen gesprochen und Verbesserungsmöglichkeiten angekündigt werden, ist das zwar durchaus ein politischer Erfolg und Resultat des kontinuierlichen Drucks der Basis. Gleichzeitig wird damit der Status der Kitas als ausgelagerter Teil des öffentlichen Sektors gefestigt.

Es besteht zudem die reelle Gefahr, dass die reformistische Führung in der Gewerkschaft den Organisationsprozess im Verhältnis zum Verhandlungsergebnis weniger stark gewichten wird – sprich: schlechte Deals eingetriggt oder die Verhandlungen nicht überall für Organisation und Mobilisierung nutzt. Im Angesicht der gewerkschaftlichen Schwäche keine unbegründete Befürchtung. Zudem muss auch der Staat, in diesem Fall der Stadtrat, das Verhandlungsergebnis absegnen und er wird es darum informell mitsteuern, denn es geht um viel Geld. Ein zusätzlicher taktischer Störfaktor, der die Initiative etwas weiter weg von der Basis hin zu den Hinterzimmern verschiebt.

Die Symbolwirkung der tripartiten GAVs in der Waadt und Genf hat bis nach Zürich gereicht, die Gewerkschaftsführung macht sich zurecht Hoffnungen, dass das Zürcher Beispiel in weiteren Städten Schule machen könnte. Entsprechend hoch ist der Druck für einen Verhandlungsabschluss. Grund genug also, die Organisation der Basis in den Mittelpunkt zu stellen und genau hinzuschauen, was verhandelt wird. Wir möchten auch «geschenkten» Gäulen ins Maul schauen.

Fortsetzung von Seite 1

Verschiebungen in den Geschlechterverhältnissen

Neben den bekannten «neoliberalen Veränderungen», wie Abbau des Wohlfahrtsstaates, Globalisierung der Finanzmärkte, Prekarisierung und Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen, wollen wir nun den Fokus auf fünf Veränderungen legen, die die Geschlechterverhältnisse geprägt und mitunter relevant verändert haben.

Erstens: Ab den späten 1990er Jahre entwickelte sich ein starker Zuwachs an Frauenerwerbstätigkeit, verbunden mit einer Befreiung aus der direkten wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Ehepartner. Damit einher ging auch ein enormer Aufholprozess bei der Bildung, wodurch Frauen im deutschsprachigen Raum die Männer in diesem Bereich eingeholt, ja teilweise überholt haben. Diese beiden Prozesse haben dazu beigetragen, dass Frauen über mehr Macht und Mittel zur Eindämmung männlicher Vorherrschaft verfügen als je zuvor in der Geschichte des Kapitalismus. Gleichzeitig bestehen weiterhin gravierende strukturelle Benachteiligungen von proletarischen Frauen, die durch die neoliberalen Veränderungen nicht beseitigt, sondern im Gegenteil verstärkt wurden. Deutliches Beispiel dazu ist die meist prekäre und schlecht bezahlte Teilzeitarbeit von Frauen. Die marxistische Soziologin Christa Wichterich redet bei diesem Phänomen von «neoliberalem Empowerment»: Frauen erreichen zwar eine materielle Unabhängigkeit gegenüber den Ehemännern, sind zugleich aber mit prekarisierten Lebensumständen konfrontiert. Parallel dazu entwickelt sich die Erosion der männlichen Lohnarbeit. Einerseits wird diese ebenfalls schlechter bezahlt, andererseits sind auch immer mehr Männer im wachsenden Dienstleistungssektor tätig. Dort sind die Männer zusätzlich damit konfrontiert, dass neben dem Sachwissen auch kognitive und emotionale Fähigkeiten – die traditionell mit Weiblichkeit assoziiert werden – wichtig sind. Beispielsweise Kommunikation, Einfühlungsvermögen, Fürsorglichkeit. Diese «affektiven Kompetenzen», welche die Frauen in ihrer Sozialisation durch die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit entwickeln, wird vermehrt auch in der Lohnarbeit kapitalistisch verwertet und somit auch von den Männern verlangt. Was für die traditionelle Männlichkeit durchaus eine Herausforderung sein kann.

Zweitens: Die Aufteilung bei der Haus- und Familienarbeit hat sich hingegen nicht signifikant verändert. Eine deutsche Studie aus dem Jahr 2017 stellt fest: «Die Wirkung von gleichstellungspolitischen Massnahmen in der Sozial- und Familienpolitik auf die Struktur der geschlechtstypisch geprägten innerfamiliären Aufteilungen können (...) nicht nachgewiesen werden». Ansehnliches Beispiel dazu ist, dass rund 66% der deutschen und 80% der österreichischen Väter keine Elternzeit beanspruchen. Frauen sind weiterhin Hauptverantwortliche für diese Arbeit, eine Mehrbelastung ist die Folge.

Drittens: Reformen des Ehe- und Familienrechts in den 1970er Jahren sorgten für Gleichberechtigung in der Ehe und erleichterten die Scheidung. Dies führt dazu, dass Gefühle wie Liebe, Begehren aber auch Verlustangst mehr denn je ausschlaggebend werden für die Partnerschaft. «Bei Männern droht dieses Gemenge an Affekten, die Angst vor Macht- und Kontrollverlust, zudem in Aggression und physische Gewalt bis hin zu Femiziden, umzuschlagen», schreiben Sauer und Benz.

Viertens: Häusliche und sexualisierte Gewalt wurde bis in die 1990er Jahre vom Staat ignoriert. Dank der erstarkten feministischen Bewegungen werden aktuell Sexismus und sexualisierte Gewalt vermehrt in einer breiteren Öffentlichkeit verhandelt. Das trägt dazu bei, dass männliche Aggressionen nun stärker durch neue gesetzliche Massnahmen eingeschränkt werden. Diese Massnahmen gegen Gewalt an Frauen und queeren Personen werden von der autoritären Rechten besonders vehement angegriffen, da sie in eine vermeintliche, vom Mann als Familienoberhaupt präsierte Privatsphäre, eingreifen. Der Mann lässt sich so als Opfer von Verleumdungen darstellen.

Fünftens: Entscheidende Veränderungen gab es auch im Bereich der sexuellen Vielfalt. Vor nicht allzu langer Zeit wurde Homosexualität noch strafrechtlich verfolgt. Mit der «Ehe für alle» hat sie es nun in die Mitte der bürgerlichen Gesellschaft geschafft. (Paradoxe Weise hat der Kampf gegen die Heteronormativität darin gemündet, das Recht auf die konventionelle Kleinfamilie für alle zu ermöglichen, was ebendiese bürgerliche Institution stärkt.) Auch andere Entwicklungen haben die Zwangsheteronormativität durchaus nachhaltig erschüttert. Sauer und Benz schreiben dazu: «Während sich das Ende des männlichen Ernährersmodells seit den 1970er Jahren ankündigt, stellen jüngere Entwicklungen (des Wirtschafts- und Sozialgefüges) die Binarität der Geschlechter und die damit verbundene Hierarchisierung und biologistischen Rechtfertigungen der Ungleichheit zur Diskussion. (...) Nicht nur im Familienrecht, sondern auch in Personenstandsfragen, begann die Gesetzgebung im 21. Jahrhundert stärker die sexuelle Identität sowie die gefühlte Ge-



Erneute riesige Mobilisierung zum 14. Juni 2023, hier in Zürich

schlechtszugehörigkeit zu berücksichtigen – um letztlich die binäre und biologistische Geschlechterordnung ein Stück weit zu dekonstruieren.»

Zusammenfassend sehen wir also einen widersprüchlichen Prozess, der einerseits geprägt ist durch weiterhin stark verankerte Geschlechterrollen, wie beispielsweise in der Familien- und Hausarbeit. Andererseits sehen wir Prozesse, die gewisse Rollen grundlegend in Frage stellen: Durch die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen wird sowohl die dominante Position der Männer in der Familie wie auch in der Berufswelt aufgeweicht. Aber auch im Bereich der Sexualität und der Geschlechteridentität sehen wir substanzielle Veränderungen, die sich sowohl aufgrund von emanzipatorischen Kämpfen als auch aufgrund von ökonomischen Veränderungen entwickelt haben.

«Anti-Genderismus»

Die oben beschriebenen Veränderungen bilden den Nährboden, den rechts-autoritäre Kräfte weltweit nutzen, um mit dem Thema Geschlecht und Sexualität Politik zu machen. Vorreiter dieser Bewegung war der Vatikan, der sich 1995 aktiv gegen die UN-Frauenkonferenz in Stellung brachte, wo reproduktive Rechte für Frauen festgehalten wurden. Erst eine Dekade später entdeckten die rechts-autoritären Akteur_innen dieses Feld für populistische Mobilisierungen. Unter dem Begriff «Anti-Genderismus» (als neue Form von Antifeminismus, mit stärkerem Fokus auf genderqueere Personen), lässt sich eine globale Bewegung zuordnen, die eine vermeintlich übertriebene Gleichstellungspolitik sowie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und reproduktive Rechte bekämpfen will. Dazu benutzen sie den oben beschriebenen doppelten Antagonismus: «Die Oben» sind die EU, die etablierten Parteien oder das «Regenbogenimperium», die mit Gender-Mainstreaming und übertriebener Sprachpolitik eine Politik gegen «den kleinen Mann» führen. Hinter dieser Politik stecke «die totalitären Machtansprüche einer kleinen Gruppe radikaler Frauen», während die rechten Parteien sich für die «ganz normale, weisse Heterofrau» einsetzen. Der bürgerlich-liberale Feminismus, der Teil der bürgerlichen Regierungen und wirtschaftlicher Eliten ist, ist insofern Wasser auf die Mühlen der Rechten. Gleichzeitig bietet sich das Thema Geschlecht/Sexualität an, weil es als politischer Kleber für verschiedene reaktionäre Institutionen und Strömungen dient: Während sich früher gewisse Gruppen eher distanziert gegenüberstanden, so finden wir beispielsweise am «Marsch fürs Leben» von rechtsradikalen, über konservativ gemässigte, bis hin zu evangelikalen und katholischen Organisationen, alle möglichen Kräfte. Der Anti-Gender-Diskurs eignet sich, um an den konkreten «Alltagserfahrungen» anzuknüpfen und darauf die rechten Ideologien aufzubauen.

Gemeinsame Interessen ins Zentrum stellen

Auch die linke Feministin Nancy Fraser teilt eine ähnliche Analyse zu den Veränderungen der letzten Jahrzehnte: Das Kapital setzt zur Erhaltung seiner Profitraten eine immer aggressivere Liberalisierung und Globalisierung der kapitalistischen Wirtschaft durch. Dem hat eine schwächelnde Arbeiter_innenbewegung nur wenig entgegenzusetzen. Zugleich gibt es aber fortschrittliche neue soziale Bewegungen, die Hierarchien aufgrund von Geschlecht, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit und Religion überwinden wollen. Daraus entsteht ein überraschendes Ergebnis: Ein «progressiver Neoliberalismus», wo Emanzipation und

Freiheit mit Vermarktlichung kombiniert werden, um den sozialen Schutz auszuhebeln. Genau da setzen die Rechten an: Sie mobilisieren Verunsicherung und Angst und lenken sie auf die Emanzipationsbewegungen, statt gegen das Kapital und die Wirtschaft. Damit verschleiern sie, dass ihre Programme meist genauso wirtschaftsfreundlich sind wie die der etablierten Parteien. Die berechtigte Wut auf die Herrschenden wird instrumentalisiert, um sie auf Frauen und LGBTIQ-Personen abzuwälzen – und zwar systematisch und weltweit.

Die zunehmende Prekarisierung und Liberalisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen der proletarischen Bevölkerung stellen eine Bedrohung für die gesamte Klasse dar. Aktuelle Verschlechterungen in der Gesundheitsversorgung treffen sowohl trans Personen, die auf geschlechtsaffirmative Behandlungen angewiesen sind als auch proletarische und migrantische Frauen, welche den Grossteil der in diesem Sektor prekär angestellten Arbeiter_innenschaft stellen. Die Gentrifizierung unserer Städte verunmöglicht es, marginalisierten Menschen, ob trans, arm und/oder migrantisch, Wohnraum zu finden. Und Alleinerziehende mit schmalen Budget bleiben ebenso auf der Strecke.

Es braucht eine klare Abgrenzung vom herrschenden bürgerlichen Feminismus. Frauen und LGBTIQ-Personen mehr Sichtbarkeit und Anerkennung zu bieten, genügt nicht. Unsere Antwort auf diese Entwicklung ist klar: Für die freie Entfaltung von allen Menschen braucht es materielle Sicherheit. Es gilt, Kämpfe gegen Frauenunterdrückung, für sexuelle Vielfalt und diverse Geschlechtsidentitäten, mit Kämpfen für unsere materiellen Interessen zu verbinden. Schlussendlich ist es das Bedürfnis nach gutem Wohnraum, Bildung und Gesundheit, sowie guten Arbeitsbedingungen, das wir mit der gesamten arbeitenden Klasse teilen. So können wir aufzeigen, dass unser «Wir» ein proletarisches Kollektiv ist, welches sowohl die Kleinfamilie, die alleinerziehende Mutter, den Arbeiter im Betrieb, die migrantische trans Person oder den geflüchteten Schwulen mit einbezieht.

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfiler über den Äther (96.3.) bzw übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfiler.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

ANTIFEMINISMUS

Rückendeckung aus dem Internetschauen

Der weltweite konservative und autoritäre Backlash in Gesellschaft und Politik wird durch eine entsprechende Entwicklung in den sozialen Medien nicht nur begleitet, sondern befeuert und aktiv thematisch mitgestaltet. Instagram & Co. sind für einmal mehr als eine Scheinrealität.

(agfk) Das Internet scheint ein archaischer, mitunter fast mysteriös anmutender Ort. Im Internet entstehen Trends und Hypes, im Internet gibt es Freundschaften, Communities und im Internet wartet vielleicht gar die grosse Liebe. Doch gibt es dort auch Cybermobbing und Cyberbelästigung, Shitstorms werden kreiert und Menschen wie Unternehmen in die Knie gezwungen.

Diese Beschreibung der digitalen Welt ist sicherlich nicht falsch, aber sie verkennt die Tatsache, dass es im Jahr 2024 keine haltbare Unterscheidung zwischen on- und offline mehr gibt. Was im Internet entsteht, bleibt nicht im Internet und was in der analogen Welt vor sich geht, wird im Internet nicht nur gespiegelt, sondern aktiv weitergesponnen.

Unter diesen Voraussetzungen überrascht es nicht, dass der sich seit einigen Jahren ausbreitende autoritäre, antifeministische und konservative Backlash im Internet aufgegriffen und aktiv mitgestaltet wird.

Die Manosphere: Incels, Sexisten und Frauenhasser

Das Sammelbecken antifeministischer Influencer, Incels, Lebenscoaches und Ähnlichem wird als «Manosphere» bezeichnet. Diese umfasst den männlich dominierten Teil des Internets und beinhaltet Foren, Accounts, Blogs und Websites. Innerhalb der Manosphere sind männliche Selbstoptimierung und die Aufrechterhaltung männlicher Herrschaft, die Kontrolle und Abwertung weiblicher Sexualität und die Verteufelung des Feminismus die bestimmenden Themen.



Dummer Blick und verhängnisvolle Pizzaschachtel: Andrew Tate.

Das zur Zeit wohl berühmteste Gesicht der Manosphere ist der britische Ex-Kickboxer und Influencer Andrew Tate. Alleine auf der chinesischen Kurzvideoplattform TikTok generieren Videos des frauenfeindlichen Multimillionärs Klicks im zweistelligen Milliardenbereich, seine Tweets erreichen Hunderttausende. Über die Plattform «The Real World» bietet der ehemalige Teilnehmer von Big Brother UK zudem kostenpflichtige Kurse an, bei denen Männer lernen sollen, an «Geld, Reichtum, Glück, schnelle Autos und schöne, unterwürfige Frauen» zu kommen. Die Kursinhalte basieren auf den eigenen Glaubenssätzen, die der amerikanisch-britische Influencer in Form von 41 Geboten weiterverbreitet. Aussagen wie jene, wonach Frauen es lieben würden, kontrolliert und sexuell unterdrückt bis gedemütigt zu werden, gehören dabei noch zu den harmlosesten. Mittlerweile tummeln sich im Internet hunderte von Tate-Klonen und Nachmachern, dem Markt geht es gut.

In einer anderen Ecke der Manosphere finden sich derweil die sogenannten «Incels». Die Abkürzung steht für «involuntary celibate», was zu deutsch so viel bedeutet wie «unfreiwillig junggesellig». Die Incel-Community umfasst hunderte, wenn nicht tausende von Foren und Websites. Incels bedienen ihre eigene Sprache und vertreten auch untereinander eine Vielzahl heterogener Ansichten, die sich aber im Kern allesamt darum drehen, dass Frauen Männern Sex schuldig sind, dass der Feminismus und die (körperliche) Selbstbestimmung der Frauen den Mann unterdrücken würde, und dass aus diesen Gründen etwa Vergewaltigungen und Femizide nicht nur unumgänglich, sondern auch wünschens- und förderungswert wären. Die Incel-Gemeinschaft liegt politisch ausnahmslos weit rechts, referenziert immer wieder Hitler, verbreitet antisemitische Verschwö-

rungstheorien und liebt die Mär vom «grossen Austausch», wonach angeblich «Afrikaner» ihnen, den weissen, die ohnehin wenigen willigen Frauen streitigmachen würden. Die Incel-Community kennt ihre eigenen Helden - tote Helden, die «für die Sache» gestorben sind: Der Amokläufer von Toronto, Alek Minassian, der Rechtsextremist Anders Behring Breivik, der Attentäter von Halle, der Attentäter von Hamburg, der Attentäter von Christchurch, von Ohio und allen voran der «Supreme Gentleman», wie er in der Community genannt wird: Elliot Rodger, der am 23. Mai 2014 bei einem Attentat in Kalifornien sechs Menschen tötete und 14 weitere verletzte, bevor er sich schliesslich selbst richtete. Rodger hinterliess ein Manifest, in dem er seine Zugehörigkeit zur Incel-Community ausdrückte und «den Frauen» und deren Abweisung die Schuld an seiner Wut und seinem Amoklauf gab. «To go ER» ist bis heute ein geflügelter Begriff in der Incel Gemeinschaft, der so viel bedeutet wie «Elliot Rodger nachahmen» - Menschen (Frauen) töten und sich selbst richten.

Und die Frauen? Zurück an den Herd!

Seit einigen Jahren mischt sich eine neue, konservative, ja gar misogynen Gruppe im sexistischen, traditionalistischen Teil des Internets - und weit darüber hinaus - mit. Als «Tradwives» bezeichnen sich Frauen, die online einen Lebensstil zelebrieren, der direkt aus den 50er-Jahren stammen könnte. Tradwives, eine Abkürzung für «traditional wives», sehen sich als «homemaker and wife». Sie sind nicht in der Lohnarbeit tätig, bauen dafür mitunter ihr eigenes Gemüse an, unterrichten ihre Kinder zuhause, tragen bodenlange, selbstgenähte Kleider und Schürzen und sehen ihre Aufgabe darin, ihrem Ehemann zu dienen und dadurch ihre natürliche Aufgabe als Frau wahrzunehmen, unbeeinträchtigt von Emanzipation, freier Sexualität und Moderne. Das Pendant dazu sind selbsternannte «Alphamales», welche sich laut Eigendefinition dadurch auszeichnen, besonders «männliche» Eigenschaften in sich zu vereinen: Sportlichkeit, Disziplin, mentale Stärke, beruflicher Erfolg und eine besonders gute finanzielle Lage. Dabei verschränkt sich dieses Männerbild mit der bürgerlichen Ideologie, dass eine prekäre soziale Lage nur durch genügend Anstrengung überwunden werden kann. Oder anders formuliert: Bist du Proletarier_in, bist du eben selber schuld. Dieses Bild von dem, was ein Mann sein soll, orientiert sich dabei, ähnlich wie bei den Tradwives, an historischen Vorbildern. Ob Tradwife oder Alphamale: Was auf den ersten Blick nach einer freien und daher harmlos anmutenden Individualentscheidung klingt, wird jedoch von völkischen, mitunter faschistischen Untertönen begleitet. So sind in den Konzeptionen des Alphamales sowie der Tradwives Denkmuster enthalten, welche stark biologistisch geprägt sind. Dies geht so weit, dass gar behauptet wird, dass Körperzellen und die Organe je nach Geschlecht anhand verschiedener «Energien» funktionieren würden und dass die weibliche auch immer «male energy» benötige. Durch dieses Bild der «richtigen» Frau oder des «richtigen» Mannes werden andere Personen, die nicht diesem Bild entsprechen, für «unwert» und nicht zugehörig erklärt - man(n) ist dann eben nicht «Alpha». So zeigt sich in diesen vermeintlich individuell gewählten, starren Geschlechterrollen ein Gesellschaftsverständnis, welches eine Politik der hierarchischen Ordnung einer Elite und der Exklusion von «Unwertem» verfolgt. Dies mutet nicht faschistisch an, es ist der Kern von Faschismus.

Social Media und Real Life

Der auf Social Media vielfältig inszenierte, antifeministische Backlash sollte nicht bagatellisiert werden. Denn es zeigt sich in sozialen Berufen, dass Identitätsangebote wie Alpha Males und Tradwives einen realen Einfluss auf die Lebensgestaltung und politische Haltung, gerade jüngerer Menschen haben. Bedenkt man hierbei die nach wie vor steigenden Zahlen der häuslichen Gewalt, die öffentlichen Angriffe auf trans Personen oder die Einschnitte in hart erkämpfte, emanzipatorische Rechte wie dasjenige der Abtreibung, so kommt man zum Schluss: Die traditionalistisch geprägten, von faschistischen Ideen untermauerten und teils esoterisch angehauchten Inszenierungen auf Social Media sind mehr als nur ein «Medienphänomen». Sie sind Teil einer Rechtfertigung für einen realpolitischen, antifeministischen Backlash weltweit.

Lektüretipp: Susanne Kaiser, Politische Männlichkeit: Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilmachen, Edition Suhrkamp, 2020.

KOMMENTAR

8. März isch antifa

Was Frauenkampf und Antifaschismus miteinander zu tun haben, ist unschwer zu erkennen. Wir leben in einer historischen Phase, in welcher reaktionäre und faschistische Kräfte immer mehr Menschen hinter sich scharen können. Eines ihrer Lieblingsthemen sind frauenfeindliche, homo- und transfeindliche Ideologien. «Gender-Terror» und «Regenbogenimperium» sind Begriffe, mit denen sie - gegen die liberalen Entwicklungen - Ideologien von gestern in eine immer breitere Öffentlichkeit hinein tragen und so den Boden für sexistische und homophobe Gewalt aufbereiten.

Das Riesentrampi, «Winti Fraue figgä und verhaue», und der entsprechende Sprechchor der «Schaffhauser Bierkurve» beim Spiel des FC Winterthur gegen den FC Schaffhausen 2019, sei lediglich eine Provokation und nicht strafrechtlich relevant, befand das Gericht am 22.1.2024; Frauen sollen wieder an den Herd, und man darf sie auch schlagen - das findet rund 1/3 der männlichen Bevölkerung gemäss Umfragen; Feminist_innen seien schuld am Elend des Mannseins - das findet die stetig wachsende Community der sog. «Incels» und Frauenhasser; Frauenfeindliche Influencer generieren Klicks im zweistelligen Milliardenbereich. Dies nur einige Beispiele, welche konkreten Auswirkungen der reaktionäre Einfluss in der Gesellschaft hat.

Diese Entwicklung steht nicht für sich allein. Seit dem Ende der goldenen Aufschwungjahre nach dem 2. imperialistischen Krieg hat die Bourgeoisie immer mehr Mühe, ihr angehäuften Kapital gewinnbringend zu investieren. Die seit den 80er Jahren grassierende Finanzkapitalüberproduktionskrise zwingt die Eigentümerklasse dazu, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter_innenklasse stetig zu verschlechtern, um ihre Profitmargen noch zu erreichen. Das erzeugt Unruhe. Das polarisiert. Um ihre Herrschaft und das Privateigentum an Produktionsmitteln zu erhalten, muss die Unzufriedenheit grosser Teile der Bevölkerung aufgefangen werden. Da bieten sich die Ideologien von gestern als nützliche Werkzeuge an. Die Unzufriedenheit könnte nämlich auch in die falsche, nämlich revolutionäre Richtung schlagen, das hat die Geschichte gezeigt. Eine proletarische, feministische, queere und ökologische Revolution muss verhindert werden. Währenddessen findet eine absurde Konzentration an Reichtum statt. Laut Bericht der CS 2021 hat sich das Gesamtvermögen der Superreichen seit 2000 trotz Krisen verfünffacht: von 41,4 Billionen US\$ auf 221,7 Billionen US\$ im Jahr 2021. Auch das polarisiert.

Ihre reaktionären und spalterischen Umtriebe zeigen: Die Reichen müssen Angst haben um ihr Vermögen. Denn seit es Klassen gibt, ist die Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen - und heute vermehrt von Frauen- und (queer-)feministischen Kämpfen. Prekarisierung, Rechtsentwicklung, Femizide, imperialistische Kriege, Zerstörung des Planeten usw., lassen sich die ausgebeuteten Massen nicht ohne Gegenwehr gefallen. Und da heisst es mitzumischen im Gang der Geschichte. Verantwortung zu übernehmen für das, was auf dieser Welt geschieht, für das, was uns, unserer Klasse, geflüchteten Menschen, unterdrückten Völkern, geschundenen Tieren, unserem Planeten angetan wird. Rechte Hetze spaltet, Klassenkampf verbindet. Drum: Expropriation der Expropriateure! Enteignen wir die Enteigner! Viel Zeit bleibt uns nicht.

PORTRAIT

Mitten drin im revolutionären Prozess – der Kampf um die Befreiung der Geschlechter

Ein Kurzportrait der gefallenen, kurdisch-alevitischen LGBTIQ+ Kämpferin İsyân Tolhildana Pirsûsê. Sie hat ihr Streben nach individueller Freiheit in den Kampf um gesellschaftliche Freiheit umgewandelt.

(agf) Als Kommunist_innen reihen wir uns ein in Kämpfe, die vor uns geführt wurden. Wir nehmen uns Vorbilder und sehen es als unsere Aufgabe, unsere Geschichte selber zu schreiben. Die offizielle Historie beschreibt die Geschichte des herrschenden Systems und somit der Heteronormativität und des binären Geschlechtersystems. Geschichten von queeren Kämpfenden werden oft gar nicht erzählt oder ihre Lebens- und Liebensrealitäten unter den Tisch gekehrt. Obwohl wir nur wenige Namen kennen, wissen wir, dass es schon viele gab und viele weitere geben wird.

Mit der Broschüre «Zu Ehren von LGBTIQ+-Märtyrern, die ihre Herzen mit unbeschreiblicher Liebe erfüllten», erstellte die türkische kommunistische Partei TKP-ML ein Album zum Gedenken an queere Genoss_innen, die im bewaffneten revolutionären Kampf fielen. Wir denken, dass das Gedenken, gerade an Frauen und queere revolutionäre Kämpfer_innen wichtig ist, weil es uns Mut macht, es ihnen gleich zu tun und uns den faschistischen Tendenzen in aller Welt entgegenzustellen. Diese Zeilen widmen wir İsyân Tolhildana Pirsûsê: Zur Inspiration, noch entschlossener gemeinsam für eine bessere Welt zu kämpfen, bis das heterosexistische, patriarchale, kapitalistische System zu Fall geht. Gerade für uns genderqueere Menschen, ist der Kampf gegen dieses unterdrückende System von existenzieller Notwendigkeit.

İsyân Tolhildana Pirsûsê (Okan Altunöz) 3.11.1992-6.5.2022

İsyân war eine kurdische, alevitische LGBTIQ+ Aktivistin und Kämpferin der MLKP (Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei). Früh war sie sich ihrer Transidentität bewusst und lebte einen nicht einfachen Kampf, in einer männlich und hetero dominierten Gesellschaft. Während ihrer Zeit als Studentin beschäftigte sie sich mit der Queer-Theorie und war aktiver Teil der LGBTIQ+ Bewegung. Sie war zudem HIV+-Aktivistin. In Haft erlebte sie Misshandlung und Vergewaltigung. Der Emanzipationskampf von queeren Menschen, der sich auf Aktivismus und Anerkennung beschränkt, war ihr bald nicht genug. So schloss sie sich im Jahr 2015, nach dem Massaker von Daesh (IS) in Suruç (kurdisch «Pirsûs»), der MLKP an und ging 2016 in den bewaffneten Kampf nach Rojava. Als Parteiname wählte sie «Tolhildana Pirsûsê», was Vergeltung für Pirsûsê bedeutet.

Ihr war der Heterosexismus innerhalb revolutionärer Organisationen bewusst. So trat sie Diskussionen in der Partei los und kämpfte gegen sexistische und transfeindliche Haltungen in der Bewegung und in der Partei. Ihre Entscheidung zeugt von grosser Kraft und vom Bewusstsein für die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes auf dem Weg zum Kommunismus und für die Notwendigkeit der innerorganisatorischen Emanzipation.

«In der Weite des Horizonts der marxistischen Ideologie» sah İsyân das Werkzeug für die sexuelle Befreiung, hin zu einer geschlechterbefreiten Zukunft, wie sie in ih-



Begräbnis mit Regenbogenfahnen.

rem Artikel «LGBTIQ+ Menschen sind überall» schrieb. Sie wandelte ihr Streben nach individueller Freiheit in einen Kampf für gesamtgesellschaftliche Freiheit. Dazu schrieb sie:

«Natürlich sollte der Schwerpunkt dieses Befreiungskampfes nicht nur auf der sexuellen Befreiung liegen, sondern auch unter dem Dach der sozialen Befreiung gestaltet werden. (...) Wenn der grösste Schuldige für unsere Unfähigkeit, unsere Identität frei zu leben oder auch nur auszudrücken, die männlich dominierte Ideologie ist, die uns in der Gesellschaft eingepflegt wurde, müssen wir eine Befreiungsgleichung aufstellen, die direkt proportional zur Gesellschaft selbst ist. Daher können wir unsere Freiheit nicht unabhängig von der Freiheit der Gesellschaft betrachten (...). Es sollte hinzugefügt werden, dass umgekehrt die Gleichung der Befreiung der Gesellschaft direkt mit der Befreiung der Frauen und der Befreiung von LGBTIQ+ Personen verbunden ist.»

Da die sexuelle und die gesellschaftliche Befreiung zusammen gedacht werden müssen, sah es İsyân als die Aufgabe von marxistischen Gruppen und Parteien, wie auch von der «Avantgarde der LGBTIQ+ Bewegung» an, Kämpfe zusammen zu bringen. «Die Zukunft gehört den Unterdrückten, die mit ihrer Fähigkeit, sich ihre Zukunft in Farbe vorzustellen, der Albtraum der Bourgeoisie sind. Bewaffnet mit dem Traum von einem queeren Befreiungssozialismus und bunten Fahnen».

İsyân infizierte sich mehrfach mit dem Covid-19 Virus. Das dritte Mal konnte ihr geschwächter Körper den Virus nicht mehr abwehren. Die MLKP/KKÖ-Kämpferin

wurde im Mai 2022 in Rojava mit Regenbogenfahnen zu Grabe getragen.

Den Kampf weitertragen

İsyân und andere queere Kämpfende leben in unseren Herzen und in unserer Erinnerung weiter. Wir denken an ihre Geschichten, wenn uns der sogenannte Neoliberalismus individualisiert und uns weis machen will, «ein jeder sei seines Glückes Schmied» und es gäbe so etwas wie «die individuelle Freiheit». Die Geschichte von İsyân zeigt uns eindrücklich, dass eine solche individuelle Freiheit in diesem unterdrückenden System begrenzt ist, und diese Idee Menschen spaltet und isoliert. Sie zeigt aber auch die Bedeutung und Schönheit von kollektivem Leben und wie ein solches uns Menschen werden lässt. Darum sind die Erfahrungen der solidarischen Praktiken von proletarischen Organisationen, Communities von People Of Color, queeren Menschen und Sexarbeiter_innen, und allen voran das Leben und die Gesellschaft in Rojava, wichtige Räume, die es zu verteidigen gilt. Solidarisch stehen wir Schulter an Schulter, verteidigen Errungenschaften vorhergegangener Kämpfe und bieten dem Rechtsruck mit vereinten Kräften die Stirn.

MERKE



Aus dieser Gruppe werden je nach Demo Einsatzleiter «Front» aufgestellt. Welche werden wir an der 8. März Demo zu sehen bekommen?

Auch ihn könnte man entdecken.

Oder doch ihn mit Bodyguard?

Schickt uns Bilder von Bullen und wir veröffentlichen sie unter Merke!

ARGENTINIEN

Der Messias des Kapitals?

Javier Milei ist neuer Präsident Argentiniens

Javier Milei verspricht den Wandel für Argentinien. Doch das Einzige, was er bringen wird, sind Profite fürs Kapital und Elend für die schon jetzt gebeutelte Arbeiter_innenklasse.

(gpw) Der Politneuling Javier Milei wurde mit schrägem Polit-Marketing (u.a. Auftritt mit einer Motorsäge) von 14.5 Millionen Argentinier_innen zum Präsidenten gewählt. Es war eine klassische Protestwahl. Die Menschen wollen, dass sich etwas ändert. Ein normales Leben ist mit einer Inflation von 140 Prozent schon jetzt nicht mehr möglich. Doch auch die Linke Argentiniens schafft es nicht – wie fast keine Linke momentan auf der Welt – eine glaubhafte antikapitalistische Perspektive fassbar zu machen.

Argentinien am Boden

Laut einer Erhebung der katholischen Universität Buenos Aires vom Dezember 2023 leben 44.7 Prozent der Gesamtbevölkerung entlang oder unterhalb der Armutsgrenze. Bei Kindern unter 17 Jahren sind es sogar 62.9 Prozent. Und das alles vor Mileis Schockprogramm, das er durchsetzen möchte. Immerhin schenkt Milei reinen Wein ein: «Es wird zu einer Stagflation kommen, denn die Umstrukturierung der Finanzen wird sich negativ auf die Wirtschaftstätigkeit auswirken.» Stagflation bedeutet: weiterhin steigende Preise, Sinken der wirtschaftlichen Leistung und anwachsende Arbeitslosigkeit. Doch gegessen wird selten so heiss wie gekocht wird. So hat er im Wahlkampf in klassischer ultrarechter Manier einen Anti-Establishment Kurs gefahren. Bei der Bildung seines Kabinetts hat er dann doch auf jede Menge etablierter Politiker_innen zurückgegriffen. Über eine Mehrheit im Parlament verfügt er nämlich bei weitem nicht. So versucht Milei nun, mit einem «Notwendigkeits- und Eildekret» und einem im Verhandlungsprozess befindlichen Mega-Gesetz, das aus über 600 Einzelartikeln besteht, Nägel mit Köpfen zu machen. Er zielt auf die Ausweitung der Machtbefugnisse der Regierung, die Liberalisierung der Wirtschaft mit damit verbundener Aushöhlung des Staates und die Kürzung von Pensionen und Sozialleistungen, sowie Angriffe auf das Arbeits- und Streikrecht. Der Präsident nannte 30 Bereiche, in denen Deregulierung und Privatisierung erfolgen sollen. Diese erstrecken sich von Miet- und Versorgungsangelegenheiten, über Preiskontrollen bis hin zu Industrie-, Bergbau- und Handelsförderung. Die Finanzmärkte dankten: Nach Ankündigung des Notstandsdekrets stie-



Erster Streik gegen die neue Regierung.

gen die Aktienkurse an der Börse von Buenos Aires um 13 Prozent, das Länderrisiko für Argentinien sank um 20 Punkte.

Alte Rezepte für Profite

Milei setzt auf Rezepte aus dem Washington Consensus, den die US-Regierung, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank Ende der 1980er-Jahre den verschuldeten Ländern des Südens auferlegt hatten: Privatisierung, Liberalisierung und Defizitreduzierung. Getroffen hat das noch nie jemand anderes als die Arbeiter_innenklasse. Selbst der IWF hat das eingesehen und propagiert solche Programme seither nicht mehr ganz so offen. «Alles, was in den Händen des privaten Sektors sein kann, wird in den Händen des privaten Sektors sein», so Mileis Credo. So will er unter anderem den staatlichen Energiekonzern YPF privatisieren. Dessen Aktienkurs stieg nach dieser Ankündigung um 43 Prozent. YPF verfügt nämlich über die Rohstoffe der sogenannten «Vaca Muerta» (tote Kuh), einem Gebiet, das sich über mehrere Regionen erstreckt. Dort befindet sich eines der weltweit grössten Vorkommen von nicht-konventionellem Öl und Gas. Diese können nur mit der aus ökologischen Gründen hochproblematischen Frackingmethode gefördert werden. Sollten wie im Diskurs angelegte Schranken

wie Exportbeschränkungen, Kapitalkontrollen, Energiepreiskontrollen und Infrastrukturbeschränkungen fallen, könnten in der Vaca Muerta bis 2023 zusätzlich 40 Prozent mehr Rohöl und 30 Prozent mehr Erdgas gefördert werden.

Die Strasse wird es richten müssen

Die Antwort von der Strasse auf die Angriffe liess nicht lange auf sich warten. Bereits am 24. Januar, also gerade mal 45 Tage nach Amtsantritt, war Milei mit einem Generalstreik konfrontiert, an dem sich Hunderttausende beteiligten. Dieser frühe Generalstreik gegen eine neue Regierung ist selbst für das protestfreudige Argentinien ein Rekord. Der Tenor der Redner war demnach auch klar und deutlich: «Die Regierung will persönliche und kollektive Rechte abschaffen und die Gewerkschaften zerstören. Sie attackiert die gewerkschaftliche Aktion, die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Kultur und sie richtet sich gegen alles Populare, indem sie auch den Sport privatisiert.» Bleibt zu hoffen, dass die Arbeiter_innen widerständig bleiben und die Regierung Milei zum Teufel jagen können. Ein erster Schritt wurde am ersten Generalstreik dazu gemacht. Oder, um es mit den Worten des bekannten argentinischen Filmschaffenden Adolfo Aristarain zu sagen: «Die Strasse muss erobert werden bis die Regierung fällt!»

ANTIFA

Neonazi-«Feministinnen»

Seit Sommer 2021 ist in der Westschweiz die femonationalistische Gruppe Nemesis aktiv. Ihre Mitglieder nennen sich Feministinnen, stammen aber in Tat und Wahrheit aus der militanten rechtsradikalen Szene. Sie instrumentalisieren feministische Positionen, um ihre Reichweite für rassistischen und faschistische Ideen zu steigern.

(agafz) Nemesis wurde 2019 von rechtsradikalen Pariser Studentinnen gegründet und trat erstmals am 24. November 2020 an der Demonstration gegen Gewalt an Frauen in Paris in Erscheinung. Mittlerweile ist Nemesis in einigen der grössten französischen Städten vertreten und hat seit Juni 2021 auch einen Ableger in der Romandie. Deren Anführerinnen sind Teil der Schweizer Neonazi-Szene, namentlich der Frauen-Sektion der Militants Suisses. Auch in Frankreich findet Nemesis ihre Unterstützung und ihren weiblichen Nachwuchs in rechtsradikalen Gruppen wie der Action Française oder Génération Identitaire.

Femonationalismus unter dem Deckmantel des Feminismus

Auf den ersten Blick scheinen die Mitglieder von Nemesis Feministinnen zu sein, die sich gegen sexuelle Belästigung und Gewalt an Frauen einsetzen. Doch betrachtet man ihr propagiertes Täterprofil, wird deutlich, dass ihr Pseudofeminismus nur dazu dient, rassistische Stereotypen zu bedienen und rechtsradikales Gedankengut in der Mitte der Gesellschaft zu platzieren. Dies in einem gesellschaftlichen Klima, welches zunehmend empfänglich für fremdenfeindliches Gedankengut ist. Ihr Fokus liegt auf

dem Narrativ, dass die allermeisten Täter männliche Immigranten seien, vornehmlich aus muslimischen Ländern. Männliche Einwanderer werden als inhärent gewalttätig gegenüber einheimischen Frauen dargestellt. Daher würde die Immigration von Männern aus dem globalen Süden per se eine Gefahr für die weissen, europäischen Frauen bergen. Im Falle von Übergriffen werden harte Gefängnisstrafen und Ausschaffungen gefordert. Nemesis behauptet, dass es einen Zusammenhang zwischen der Zunahme der Einwanderung und der Zunahme sexualisierter Gewalt gäbe. Auch die These des grossen Austauschs, der momentane Trend unter den Faschist_innen, wird von Nemesis propagiert.

Der Femonationalismus instrumentalisiert Frauenrechte und die Geschlechtergleichstellung, um eine rassistische und islamophobe Anti-Immigrationspolitik zu propagieren. Zudem bedeutet er die Darstellung des Islam als von Grund auf frauenfeindlich durch sogenannte Feministinnen. Natürlich wird dabei verkannt, dass Frauenfeindlichkeit und Sexismus keine «importierten Produkte», sondern einer patriarchalen Gesellschaft inhärente Phänomene sind und dass die meisten Fälle von sexualisierter Gewalt oder gar Femizide nicht etwa von «Fremden», sondern von Männern aus dem nächsten sozialen Umfeld begangen werden.

Die femonationalistische Anschauung von Nemesis weicht in Teilen von derer der SVP gar nicht so weit ab. So ist es auch nicht verwunderlich, und dennoch ekelerregend, dass SVP-Präsident Marco Chiesa Exponentinnen von Nemesis im September 2023 ins Bundeshaus einlud. Bekanntlich sympathisieren einige SVP-Mitglieder mit Faschist_innen und die Partei saugt vieles an ihrem rechten Rand in sich auf.

Hip, trendig, rechtsradikal

Mithilfe von modernen Inszenierungen via Social Media schafft es Nemesis, ganz nach dem Vorbild der faschistischen Jungen Tat, Rechtsradikalismus für Junge attraktiv erscheinen zu lassen. Gewisse stilistische Elemente werden von aktuellen feministischen Kämpfen übernommen, um damit ein Image als trendige Feministinnen zu schaffen. Doch der Inhalt ist das komplette Gegenteil von emanzipatorischen und progressiven Konzepten.

Am 25. November 2021 massete Nemesis sich an, an der Demonstration gegen Gewalt an Frauen in Lausanne mit einem Transparent mit der Parole «Voleurs Suisses: Prison – Voleurs Étrangers: Expulsion» (dt. «Schweizer Vergewaltiger: Gefängnis – ausländische Vergewaltiger: Ausschaffung») aufzukreuzen. Es wurde ihnen schnell abgenommen und sie wurden aus der Demonstration vertrieben. Im Vorfeld des 14. Juni 2023 haben Nemesis und die Junge Tat in Bern gemeinsame Sache gemacht. Auf einem Foto sind Mitglieder der beiden Gruppen mit einem Transparent mit der Parole «Frauen schützen – Grenzen sichern» zu sehen. Beim darauffolgenden gemeinsamen Abendessen wurden sie von Berner Antifaschist_innen angegriffen und erfolgreich vertrieben. Diese Beispiele zeigen, dass die Kräfteverhältnisse auf Social Media keineswegs diejenigen auf der Strasse widerspiegeln. Damit dies so bleibt, muss Antifa zwingend auch Handarbeit bleiben.

RECHTSENTWICKLUNG

Die Bewaffnung des Begriffs Antisemitismus

Schon länger ist es modisch, die revolutionäre Linke als antisemitisch zu diffamieren. In den letzten Jahren ist es mehr daraus geworden: der Begriff ist eine Waffe, mit welcher kriminalisiert und ausgegrenzt wird und die den rechtesten Kräften ermöglicht, politisch korrekt gegen «Islamisierung» zu hetzen.

(az) Antisemitismus existiert und er bleibt bis heute eine gewaltige Kraft, die wie Rassismus erniedrigt, verletzt und diskriminiert und dabei auch noch die reaktionäre Seite stärkt. Für uns Kommunist_innen ist es eine Selbstverständlichkeit, gegen Rassismus und Antisemitismus aufzutreten, die historische Konstruktion von Rasse in der Luft zu zerreissen und für die Überwindung von Stereotypen und Vorurteilen zu streiten.

Zugegebenermassen sind wir in einer reaktionären Gesellschaft sozialisiert worden und das bringt mit sich, dass in Fragen Rassismus und Antisemitismus Luft nach oben gegeben ist: unbewusste Aussagen, die auf verinnerlichte Vorurteile schliessen lassen, sind und waren auch unter Kommunist_innen anzutreffen. Und falsche Zuschreibungen über Juden und Jüdinnen finden sich in der Geschichte der Arbeiter_innenbewegung selbst dort, wo man sich theoretisch reflektiert gibt. Antisemitische Vorurteile können tatsächlich überall auftreten. Diese Banalität ist heute allerdings nicht sehr aussagekräftig, nicht weil um die exakte Definition des Begriffes seit jeher gerungen wird, sondern weil es im Umgang mit Antisemitismus zu verschobenen Wahrnehmungen kommt.

Unser politisches Bekenntnis beinhaltet die Absicht, Vorurteile und Ausgrenzungen zu überwinden. Der Wille zur Selbstreflexion und Reflexion der gesellschaftlichen Bedingungen, ist Grundlage und Ausgangspunkt für Veränderung. Die Frage, ob wir das genügend umsetzen, ist Teil dieser Selbstreflexion. Doch um diese geht es aktuell nur selten. Es ist die Absurdität der Gegenwart, die dazu führt, dass überzeugte Antisemit_innen mit dem Finger auf die revolutionäre Linke zeigen und behaupten können, wir seien die wahren Antisemit_innen und dabei von Politik, Medien und dem Repressionsapparat freudig unterstützt werden.

Während Hass auf Juden und Jüdinnen tatsächlich zunimmt – Verschwörungstheorien, die sich auf Social Media Seiten der Mitglieder der AfD oder SVP täglich manifestieren –, befreit sich die Diskussion über Antisemitismus seit vielen Jahren jeglicher Vernunft. Die politische Diskussion wird verhindert und kriminalisiert. Davon sind Genoss_innen in Deutschland stärker betroffen als in der Schweiz, aber hier ist es auch spürbar. Wer den heute Israel prägenden Zionismus als eine ethno-religiöse Bewegung definiert, der systematisch Menschen mit jüdischen Wurzeln privilegiert und alle anderen rassistisch abwertet, ist davon betroffen. Natürlich gibt es sehr legitime historische Gründe für das Fluchtprojekt, der Holocaust darf nicht verharmlost werden. Der Zionismus als ideologische Grundlage eines Staates ist jedoch die konkrete Umsetzung des Fluchtprojekts, und die kann durchaus in Frage gestellt werden, gerade weil darin der Ausschluss Programm ist.

Ein Begriff zur Läuterung der Rechten

Mit der bedingungslosen Unterstützung Israels wird vor allem Aussenpolitik betrieben. Dazu gehört neben der praktischen Unterstützung auch der politische Zuspruch, dass man Israel vor internationalem Recht und moralischer Anklage stützt. Dafür erhält man im Westen die Absicherung, dass sich keine andere Regionalmacht die Situation zunutze macht. Imperialismus geht über Leichen, das ist nicht nur bei Israel der Fall, der Krieg der USA gegen Afghanistan oder den Irak war da nicht anders.

Speziell ist die innenpolitische Dimension des sog. Nahostkonflikts in den Nato-Staaten. Mit der Bewaffnung des Begriffs Antisemitismus wird der Rechten der Weg auf die verfassungskonforme politische Bühne geebnet. Ausgewiesene Antisemit_innen, die sich durch tiefe Liebe zu Israel auszeichnen, sind zahlreich: Marine Le Pen, Andreas Glarner, Victor Orban oder der US-amerikanische Evangelikale Pat Robertson. Klassische Rassist_innen, die Juden und Jüdinnen dann besonders lieben, wenn sie in Israel leben und nicht in der Diaspora. Israel soll, in bester kolonialer Tradition, die Zivilisation gegen den Islam verteidigen. Weil diese neuen Anti-Antisemit_innen alles brennende Islamophobie sind. So hat beispielsweise die SVP im ersten Communiqué nach dem 7. Oktober nur in zwei Zeilen über den Angriff selbst gesprochen und im ganzen Rest des Textes gegen die verfehlte Einwanderungspolitik der Schweiz gehetzt. Reine Innenpolitik, reine Islamophobie, jedes Ereignis dient als Aufhänger für die gleiche Hetze.

Ähnliches spielt sich in den USA ab, insbesondere bei Trump. Allerdings scheint die Situation in den USA be-



Der «Rosa Luxemburg Stiftung: Israel Office» ist auch schon aufgefallen, dass die bedingungslose Unterstützung Israels im rechten Lager beliebt ist. Im Bild: Gerd Wilders, Matteo Salvini, eine Demo deutscher Corona-Leugner. Unten: Viktor Orban und Netanjahu, ein unbekannter britischer Faschist, Heinz-Christian Strache mit Yehuda Glick und ein Plakat der AfD.

achtlich wilder als in der Schweiz oder Deutschland, immerhin findet da täglich irgendwo eine Demonstration gegen die Waffenlieferungen der USA nach Israel statt. Vor allem junge Leute scheinen gegen die Propaganda zunehmend immunisiert zu sein. Der Generationenkonflikt spaltet auch die jüdische Community der USA. In den Protesten sind fast immer Leute aus jüdischen Organisationen anwesend. Diese linke, jüdische Kritik hat Tradition, die Zeitung «Jewish currents» existiert seit 1946, definiert sich als links und antizionistisch und denunziert nun schon seit vielen Jahren die Verwendung des Begriffes Antisemitismus als Waffe (the Weaponization of Antisemitism). Doch waren diese Stimmen marginalisiert, erst in den letzten Jahren erhalten sie eine gewisse Aufmerksamkeit, was immerhin leicht hoffnungsvoll stimmen kann.

Kriminalisierung des friedlichen Widerstands

In Deutschland hingegen ist kein Aufbrechen der Widersprüche zu beobachten. Hier erklärt der Bundestag Antizionismus zu Antisemitismus und gebietet, solches in der ganzen EU durchzusetzen. Seit 2019 wird Unterstützer_innen der BDS-Kampagne der Zugang zu öffentlichen Räumen verwehrt, man streicht ihnen Gelder oder blockiert Konten. Nun liess sich über die BDS-Kampagne diskutieren, doch bewegte sie sich ganz klar im Rahmen des friedlichen Widerstandes und es gibt keine rechtliche Grundlage, sie zu verbieten. Deshalb erliess der Bundestag auch kein Gesetz, sondern eine Handlungsanweisung, die von den Bundesländern brav befolgt wird. Es trat auch keine einzige Person gegen diesen Beschluss auf, nur die AfD kritisierte ihn, allerdings als zu milde.

Dabei gibt es zahlreiche Stimmen, allen voran von Expert_innen des Holocausts, die Kritik an der Verknüpfung von Antisemitismus und Antizionismus üben. In der Konsequenz ist es heute schier unmöglich, sich mit Palästina zu solidarisieren, ohne beschmiert und diskriminiert zu werden, was zu Jobverlust oder zahlreichen Streichungen von Veranstaltungen führt. Beispielsweise Adam Broomberg, ein südafrikanischer Künstler, der von sich selber sagt, er stamme aus der Pfütze eines aschkenasischen jüdischen Genpools aus Litauen, dessen Verwandtschaft in Pogromen ausgemerzt worden ist: «Ich denke, Apartheid ist keine ausreichende Definition für das Ausmass der Ausgrenzung, des Missbrauchs, der Verletzung der Menschenrechte und des täglichen, kaltblütig verübten Mords, staatlich sanktionierten Mords, der Pogrome und der absoluten Demütigung. So etwas habe ich in den zwanzig Jahren, die ich zur Hochzeit der Apartheid in Südafrika gelebt habe, nicht erlebt.» Doppelt und dreifach Experte und betroffen, würde man meinen, doch Deutschland weiss es besser. Das Ministerium hat sich im Fall Broomberg eingeschaltet und der «hasserfüllte Antisemit» war seinen Job los.

Noch surrealere Dimensionen nahm es kürzlich an, als die hochbetagte Holocaust Überlebende Marione Ingram eingeladen wurde, an den Schulen Hamburgs über den Holocaust zu sprechen. Sie bekam zu hören, dass die AfD ihr Bild, wie sie vor dem Weissen Haus mit einem «Stop the Genocide»- Schild protestiert, verwenden würde. Wie würde die AfD dieses Bild verwenden können, fragte Ingram zurück und bekam keine Antwort. Vielleicht stimmt sogar, dass die Afd mit Imgrams Bild würde beweisen wollen, dass linke Überlebende des Holocausts die wahren

Antisemit_innen sind. Doch geht Ingram davon aus, dass sie in Tat und Wahrheit nicht zu «ihrem Schutz» gecancelled wurde, sondern weil sie den Holocaust-Vergleich wagt: «Ich weiss, was die Kinder in Gaza durchmachen und das sage ich.» Sie seufzt ermüdet: «So viele Diskussionen um die Geschichtsaufarbeitung Deutschlands und das ist das Resultat.»

Misslungene Aufarbeitung der Geschichte

Aber was sich für unsere Seite dramatischer darstellt, als die beschriebene institutionelle Seite, ist die moralisch herausgeforderte revolutionäre Linke in Deutschland. Obwohl die Antideutschen als solche nicht mehr auftreten, haben sie doch tiefe Spuren im Bewusstsein hinterlassen. Samidoun erzählte an einer Aufbau-Veranstaltung vom Versuch, die Palästina-Solidarität aus dem revolutionären 1.Mai-Fest rauszuwerfen. Die Gruppen, die das forderten, argumentierten wie der deutsche Staat mit Antisemitismus und meinten damit die Kritik an Israel. Dabei sollte es eine Kernkompetenz der revolutionären Linken sein, Solidarität mit den strukturell diskriminierten Palästinenser_innen zu üben und die Politik von Staaten zu kritisieren. Wir Kommunist_innen sind nicht bescheiden, wir wollen Gleichheit und eine gerechte Gesellschaft, hier und überall. Vieles steht dem im Weg, auch der Zionismus. Dafür muss man nicht die gegenwärtige Situation des Krieges anschauen, die Zustände in «Friedenszeiten» sind völlig ausreichend.

Die beschriebene Situation in Deutschland können wir als Kampf der Herrschenden gegen die Linke verstehen: Wenn imperialistische Interessenspolitik im Gewand von Solidarität und Kampf gegen Antisemitismus daher kommt, Rechten das Wort gibt und uns Linken sowie den tatsächlichen Opfern den Mund verbietet, dann ist das scharfer, aber gewöhnlicher Teil der reaktionären Politik. Wir sind der Feind und wir wollen der Feind sein. Wenn sich hingegen die revolutionäre Linke daran beteiligt, dann ist das schmerzhaft und die Geschichtsaufarbeitung gründlich daneben gegangen.



LoRa 97.5 MHz

Sonntag
18 bis 20 Uhr
Immer am ersten
Sonntag des Monats

Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr

GESCHICHTE

Zur Geschichte des Kolonialismus

Kann Israel als Siedlungskolonie bezeichnet werden? Dieser Frage wird entlang einer historischen Übersicht über verschiedene Formen des Kolonialismus und deren Ende nachgegangen.

(rabs) Kolonialismus ist ein schwieriger Begriff. Einerseits weil er gerne als Kampfbegriff seines Inhalts entleert, also nicht auf analytische Art benutzt wird. Andererseits hat er verschiedene Bedeutungen, die gleichzeitig auf das gleiche Objekt zutreffen können. Sprachlich kommt das Wort aus dem Lateinischen. Im Römischen Reich waren Kolonien oft städtische Ansiedlungen von Bürgern in den militärisch eroberten Gebieten. Diese Bedeutung von Kolonie – also eine Ausdehnung oder Neugründung von Ortschaften – blieb sehr lange erhalten.

Gängiger ist heute das Verständnis von Kolonie als Fremdherrschaft. Daneben gibt es andere Gegebenheiten, die mit dem Wort Kolonie bezeichnet werden könnten. Beispielsweise wird eine Gruppe von Menschen gleicher Nationalität, die in einem fremden Land oder einer fremden Stadt gemeinsame Interessen verfolgen oder Traditionen pflegen, als Kolonie bezeichnet, ohne dass zwingend ein Anspruch auf Herrschaft bestehen muss. Beispiele dafür sind Orte in den USA, wo bis heute schweizerdeutsch gesprochen wird, oder aus der jüngeren Vergangenheit die so benannten Colonie Libere Italiane, die weltweit dort gegründet wurden, wohin Leute aus Italien migrierten.

Weiter kann auch eine Gruppe gleichgesinnter Menschen, die gemeinsam arbeitet und lebt bzw. der entsprechende Ort als Kolonie bezeichnet werden. Ein Beispiel dafür sind Glaubensgemeinschaften, die aus Europa in die Amerikas flüchteten und ihre eigenen Dörfer gründeten.

Intuitiv denken wir beim Begriff Kolonie aber doch an überseeische Gebiete, die von europäischen Mächten in Besitz genommen wurden – und an die Befreiungskämpfe, die zum Beenden der Kolonien notwendig waren. Ab etwa dem 16. Jahrhundert begannen europäische Mächte, den Rest der Welt beherrschen zu wollen. Dabei standen von Anfang an wirtschaftliche Interessen im Zentrum: Handelswege, um Gewürze und andere Luxusgüter günstiger und schneller nach Europa zu bringen und europäische Produkte abzusetzen waren gefragt. Bald begannen Machtkämpfe zwischen europäischen Mächten, die in verschiedenen Aufteilungen der Welt unter diesen Mächten mündeten. Die Interessen oder gar das Wohl der lokalen Bevölkerungen mussten dabei hinter der Gier der europäischen Herrschenden anstehen. Neue Konzepte wie «Zivilisation» in Abgrenzung von «Barbarei» sollten als ideologische Begründungen für die Kolonisierung herhalten. Inmitten der so genannten Aufklärung in Europa suggerierten solche Begriffe Wissenschaftlichkeit, während die Grundsteine für den Kapitalismus gelegt wurden.

Formen von Kolonien

Die Kolonien in dieser Zeit hatten sehr unterschiedliche mögliche Ausprägungen, die wir nun genauer unter die Lupe nehmen möchten. Zum Einen wären da Stützpunktkolonien, bei denen sich die Kolonialmacht auf die Errichtung und Sicherung einzelner Handels- oder Militärstützpunkte beschränkte. Weiter ging der Herrschaftsanspruch in Beherrschungskolonien. Zuerst brauchte es dafür eine militärische Eroberung, nach der Kolonialbeamte die Macht übernahmen. Integrationskolonien waren ebenfalls gekennzeichnet durch das Vorhandensein von Kolonialbeamten, zusätzlich zu den Beamten gab es jedoch Siedler_innen, die das Bürgerrecht des «Mutterlandes» hatten. Stärker von individueller Migration geprägt waren Siedlungskolonien. Siedler_innen behielten oft ihre eigene Kultur bei. Der Umgang mit der lokalen Bevölkerung unterschied sich zwar stark, war aber stets von Gewalt geprägt. In den Amerikas und Australien wurde die indigene Bevölkerung vertrieben und in kleine, abgegrenzte Gebiete gesperrt. In vielen afrikanischen Kolonien dagegen wurde die lokale Bevölkerung zur Arbeit gezwungen. Und auf manchen Karibikinseln wie Kuba wurde die indigene Bevölkerung ausgerottet, um dann versklavte Menschen aus Afrika für die Arbeit zu importieren. Gemeinsam sind all diesen Kolonisierungen enorme Brutalität und Menschenverachtung.

Siedlungskolonialismus

Als früheste Siedlungskolonie gilt die niederländische Kapkolonie im heutigen Südafrika. Siedler_innen wanderten mehr oder weniger freiwillig aus Europa aus. Die bittere Armut in den Herkunftsländern trieb viele in die Kolonien. Im 19. Jahrhundert förderten gar Schweizer Städte wie Basel die Emigration ihrer armengewöhnlichen



Wirtschaftliche Interessen im Vordergrund: Verladen von Baumwolle bei Lomé, Togo, zu dem Zeitpunkt von Deutschland kolonisiert

Bürger_innen mit einem Beitrag an die Überfahrt, um an den Sozialbeiträgen zu sparen. Nicht freiwillig war die Emigration in Strafkolonien, Beispiele dafür sind Australien oder Guyana.

Gerade in Zusammenhang mit Israel fällt oft der Begriff Siedlungskolonialismus. Einige der Charakterisierungen von Siedlungskolonien treffen wohl zu, doch lässt uns genauer hinschauen. Ideologische Grundlage für die Gründung des Staats Israel ist der Zionismus. Geprägt wurde dieser Ende des 19. Jahrhunderts, formalisiert am ersten zionistischen Kongress in Basel 1897. Frühe zionistische Texte charakterisieren ihr Projekt, die Besiedlung Palästinas mit europäischen Jüdinnen und Juden, klar als kolonial. Im Kontext der Zeit und der Stimmung in Europa kann eine solche Positionierung als opportunistisch gelesen werden. Kolonialismus galt als chic, das Herausstreichen der eigenen Zivilisiertheit ebenso. Ein grosser Teil der Bemühungen zionistischer Organisationen und Vertreter um Unterstützung richtete sich an Grossbritannien. Palästina war zu dem Zeitpunkt Teil des osmanischen Reichs, dessen Niedergang sich bereits abzeichnete. Klar war auch, dass die europäischen Mächte sich allesamt bemühen würden, einen Fuss in die Region zu bringen. Hier hatte der Zionismus ein attraktives Angebot, indem er jüdische Europäer_innen für die Bildung einer Siedlungskolonie zur Verfügung stellen würde. Einer der zionistischen Vordenker, Theodor Herzl, bezeichnete denn auch die Jüdinnen und Juden, die Palästina besiedeln und damit kolonisieren sollten, konsequenterweise als «Menschenmaterial». In der zu kolonisierenden Region lebten bereits Menschen, mehrheitlich Araber_innen. Diese wurden bei Herzl als «Bestien» entmenschlicht, die über die Grenzen getrieben werden sollten. Die zionistischen Vordenker waren sich also durchaus bewusst, dass ihr Gerede vom «Land ohne Volk für ein Volk ohne Land» nicht wahr war. Trotzdem trug dieser Spruch wohl zu einer Sogwirkung bei, die im frühen 20. Jahrhundert europäische Jüdinnen und Juden nach Palästina zog. Dort kauften sie Land und Häuser, und richteten sich ein. In einer Situation sich verschärfenden Antisemitismus in Europa lag eine Emigration schon in der Zwischenkriegszeit, und besonders ab den 1930ern nahe. Hier zeigt sich eine Parallele zu anderen Beispielen von Siedlungskolonialismus, wo die Siedler_innen wenige Möglichkeiten hatten und die Emigration attraktiv schien.

Von dieser historischen Situation und der zionistischen Ideologie zu unterscheiden gilt es die heutige Situation. Seit mittlerweile über 75 Jahren existiert der Staat Israel, gegründet auf den Ruinen der Nakba. Kriege und Abkommen haben einen Staat geschaffen, der auf ein hohes Mass an Gewalt angewiesen ist, um den Status Quo aufrecht zu erhalten und in dem unterschiedlichste

Lebenssituationen existieren. Im israelischen Kernland sind etwa drei Viertel der Bevölkerung jüdisch, etwa ein Fünftel sind sogenannte «arabische Israelis», also Palästinenser_innen.

Die meisten jüdischen Bewohner_innen Israels sind da geboren und haben sich nicht aktiv fürs Siedeln entschieden. Da stellt sich die Frage nach Verantwortlichkeiten, etwa wie in den USA, wo heute v.a. Nachfahr_innen von Siedler_innen leben, dies aber auch auf dem historischen Land von nicht ganz ausgerotteten Völkern. Der Staat fördert weiterhin die Immigration von jüdischen Personen, sie erhalten automatisch die Staatsbürgerschaft. Israel kann also durchaus als Siedlungskolonie bezeichnet werden, auch wenn ein «Mutterland» im engeren Sinn nicht existiert: Es gibt Schutzmächte wie die USA und Länder, aus denen Jüdinnen und Juden eingewandert sind und wo diese Migration auch als positiv gesehen wurde.

Im Westjordanland ist die Situation noch zugespitzter, da könnte Israel in seinen Grenzen von 1967 als «Mutterland» der Siedlungen im laut Oslo-Abkommen palästinensischen Teil angesehen werden.

Ende von Kolonien

Kolonien enden blutig. Diese Feststellung ist leider fast allgemeingültig. Die Dekolonisierung von Siedlungskolonien lässt sich meist in eine von drei Varianten einteilen. In Ländern wie den USA oder Argentinien waren es die Siedler_innen, die sich vom «Mutterland» befreiten. Die indigene Bevölkerung blieb in räumlich begrenzten Gebieten vielleicht vorhanden, oder war zuvor schon ausgerottet worden. Im Zug der Nationenbildung wurden diese ehemaligen Kolonien zu Nationalstaaten. In Algerien war es anders: dort befreite sich die indigene Bevölkerung und warf die siedelnden Französ_innen raus, egal wie lange sie oder ihre Familien schon in Algerien lebten. Einen anderen Weg ging Südafrika. Mit den Wahrheits- und Versöhnungskommissionen gab es einen Ansatz, die Verbrechen des Apartheidregimes aufzuarbeiten. Ohne weitere juristische Verfolgung derer, die keine Schuld eingestehen wollten, blieben die Kommissionen aber zahnlos. Ökonomische Veränderungen blieben aus, so dass trotz formeller politischer Gleichberechtigung die wirtschaftliche Macht in den Händen der Nachkommen der Kolonist_innen konzentriert bleibt.

INTERVIEW

«Wenn wir wollen, können wir euch überall und zu jeder Zeit erreichen.»

Interview mit einem Internationalisten in der kurdischen Freiheitsbewegung über die Situation in Rojava, wo die Türkei die aktuelle globale Lage ausnutzen will, ohne grosse Öffentlichkeit gegen die Autonomen Gebiete von Nord- und Ostsyrien vorzugehen. Sie haben die Rechnung ohne die Bevölkerung gemacht, die ihre Errungenschaften ungebrochen verteidigt.

(gpw) Anfangs Oktober 2023 trug der kurdische Widerstand den Krieg mit einem Anschlag auf das türkische Innenministerium ins Herz des faschistischen Staats. Welche politischen und strategischen Überlegungen stehen hinter diesem Angriff?

Die mutige Aktion der beiden Genossen Erdal Şahin und Rojhat Zilan war ein voller Erfolg und hat den türkischen Faschismus im Mark erschüttert. Seit Jahren behaupten die Vertreter des türkischen Regimes immer wieder, dass die Niederlage der Guerilla und die Vernichtung der Freiheitsbewegung nur noch eine Frage der Zeit sei. Der ehemalige türkische Innenminister, Suleyman Soyulu, war sich selbst nicht zu schade, die türkische Öffentlichkeit regelmässig mit seinen Märchengeschichten hinters Licht zu führen. Geht es nach Soyulu und seinen Kollegen, ist die Guerilla in Nordkurdistan auf eine kleine zweistellige Zahl dezimiert, sitzt hungrig, verletzt und versteckt in den Höhlen der Berge und der türkische Geheimdienst kenne sogar „ihre Schuhgrösse“. Die Aktion von Ankara hat bewiesen, dass es nicht die Guerilla ist, die geschlagen am Boden liegt, sondern die türkische Armee, Polizei und ihr Nachrichtendienst. Die Aktion hat, so wie keine andere in der jüngsten Zeit, die Schwäche des Feindes offenbart und gleichzeitig die Stärke der Bewegung gezeigt. Dabei hat die Aktion einen mobilisierenden und bestärkenden Effekt auf alle Teile des antifaschistischen Kampfes.

Ihre Botschaft ist klar und deutlich: Wenn es zwei Genossen möglich ist, hunderte von Kilometern vom Feind kontrollierten Territoriums unerkannt zu durchqueren, in die feindliche Festung einzusickern und im Herz des faschistischen Staates eine derartige Aktion durchzuführen, gibt es nichts das unmöglich ist. Gleichzeitig ist die Aktion gegen das türkische Innenministerium wenige hundert Meter vom türkischen Parlament entfernt, wo nur Stunden später Erdogan seine Eröffnungsrede halten sollte und die gesamte Riege des faschistischen Regimes versammelt war, eine klare Warnung an den Feind. Die Guerilla hat dabei erklärt, dass die beiden Genossen durchaus größeren Schaden hätten anrichten können, es aber eine bewusste politische Entscheidung gewesen sei, die Aktion nicht z.B. gegen die Parlamentsöffnung, zu richten. Die Guerilla hat jedoch deutlich erklärt: «Wenn wir wollen, können wir euch überall und zu jeder Zeit erreichen, Ort und Zeit bestimmen wir». Die Aktion von Ankara hat den türkischen Faschismus den Atem der Guerilla in seinem Nacken spüren lassen.

Die Türkei greift derzeit insbesondere die zivile Infrastruktur in Rojava und Nord- und Ostsyrien massiv an. Welche Strategie und geopolitischen Ziele der imperialistischen Mächte und türkischen Regimes stecken dahinter, diese Angriffe gerade jetzt zu lancieren?

Das faschistische AKP-MHP Regime hat mit den Angriffen auf die zivile Infrastruktur seine eigene Niederlage gegenüber dem Willen und der Entschlossenheit der Völker Nord- und Ostsyriens eingestanden. Seit Jahren versucht der türkische Faschismus, mit Unterstützung von Mörderbanden wie der Al-Nusra Front und des Islamischen Staats, vielen Besatzungsoperationen wie gegen Efrin, Serekaniye und Girespi sowie spezieller Kriegsführung, nachrichtendienstlicher Tätigkeit, wirtschaftlicher Sabotage und Terroranschlägen die Demokratische Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien zu zerschlagen. Doch auch nach mehr als elf Jahren des aktiven Kampfes und allen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Widrigkeiten zum Trotz, steht die Bevölkerung weiterhin entschlossen hinter der Revolution und ihren Errungenschaften.

Weil der türkische Faschismus es mit seinen Angriffen nicht geschafft hat, den Kampfgeist der Menschen zu brechen, setzt er nun darauf, die Bevölkerung von der Befriedigung ihrer grundlegendsten Bedürfnisse, wie Strom, Wasser, Nahrungsmittel, Treibstoff, Gas, Krankenversorgung abzuschneiden. Das Leben soll unmöglich gemacht werden. Die imperialistischen Mächte lassen die Türkei gewähren und öffnen den Luftraum für deren Flugzeuge. Sie haben die Türkei und ihre Angriffe schon immer als ein Druckmittel genutzt und versucht, der Selbstverwaltung Zugeständnisse abzurufen. Auch ist ihnen das nicht-kapitalistische Wirtschaftsmodell der Region ein Dorn im Auge. Es ist durchaus denkbar, dass ihnen die weitreichenden Zerstörungen der Infrastruktur und wichtiger ökonomischer Projekte gelegen kommt.

Insbesondere seit der Eskalation der Kämpfe zwischen palästinensischen Kräften und dem israelischen Staat haben die Auseinandersetzungen und Zusammenstösse der unterschiedlichen Mächte in der gesamten Region des Mittleren Ostens an Fahrt aufgenommen. Im Windschatten dieser Situation versucht der türkische Faschismus seine Pläne umzusetzen.

Wie reagiert die kämpfende Gesellschaft in Rojava auf diese Angriffe und die Zerstörung der Infrastruktur? Wie geht die Offensive der Guerilla weiter, welche Erfolge werden erzielt?

Jede Bombe und Rakete der türkischen Besatzung wird mit Massendemonstrationen und Kundgebungen beantwortet. Die Beerdigungen der Gefallenen werden zu

regelrechten Manifestationen des Willens. Es ist eine starke Botschaft des Widerstandes, wenn sich Zehntausende versammeln, um den durch die türkischen Schläger ermordeten Zivilist_innen die letzte Ehre zu erweisen, während nur hundert Meter entfernt, weitere Bomben fallen. Die Selbstverwaltung, die Stadtverwaltungen und die ansässige Zivilbevölkerung haben sich direkt nach den Angriffen an den Wiederaufbau der zerstörten Anlagen gemacht und es geschafft, trotz der geringen Mittel, mit viel Improvisation und Kreativität zumindest die Versorgung mit den Grundbedürfnissen zu gewährleisten. Natürlich ist die Situation vielleicht so schwer wie noch nie. Umso mehr ist allen bewusst, dass es der einzige Weg ist, die Angreifenden ins Leere laufen zu lassen, sich nicht vertreiben zu lassen und schon allein dadurch, dass man das Leben nicht aufgibt, sondern die zerstörten Anlagen immer wieder aufbaut und kämpft, Widerstand zu leisten. Währenddessen geht die Offensive der Guerilla weiter. Vor allem in Zap, Avasin und Metina ist es ihr gelungen, feste Stellungen des türkischen Staates zu stürmen und zu zerstören und ganze Berggipfel der Kontrolle des Feindes zu entreissen. Dabei bedeutet dies nicht, dass die Guerilla an der Stelle der türkischen Armee dort Stellung bezieht. Die Guerilla bleibt in ihren Kriegstunneln und hält an der beweglichen Kriegsführung durch kleine mobile Einheiten fest. Jedoch wird mit der Zerstörung von strategisch wichtigen Aussenposten die territoriale Kontrolle der türkischen Armee in der Region massiv geschwächt. Allein im Januar 2024 wurden bei Aktionen der Guerilla über 90 türkische Besatzer getötet. Die Jahreszeiten stellen für die Guerilla kein Hindernis mehr dar und die türkischen Besatzer müssen jederzeit und an jedem Ort mit Schlägen der Guerilla rechnen.

Am 10. Oktober 2023 begann die internationale Kampagne: «Freiheit für Öcalan und eine politische Lösung für die kurdische Frage». Was erhofft sich der kurdische Widerstand in Rojava von dieser Kampagne?

Abdullah Öcalan ist als Gründer der Arbeiterpartei Kurdistans und Repräsentant des kurdischen Volkes, als Mensch, Revolutionär, Vordenker und politischer Führer der symbolische Ausdruck des Freiheitswillens eines ganzen Volkes. Ohne seinen Kampf würde heute wohl niemand mehr über das kurdische Volk sprechen.

In einer Zeit, in der die Kurden es nicht wagten, das Wort «Kurdistan» in den Mund zu nehmen,



Im revolutionären Volkskrieg werden alle in die Selbstverteidigung eingebunden.



hat er eine Bewegung von Millionen erschaffen. Der Feind hoffte darauf, mit der Inhaftierung Abdullah Öcalans die Bewegung in die Orientierungslosigkeit zu verdammen. Das dieser Plan nicht aufging, zeigt sich 25 Jahre nach der verbrecherischen Verschleppung Abdullah Öcalans deutlich. Dem türkischen Faschismus kommt dabei lediglich die Rolle als Gefängniswärter zu. Auch heute ist das Folter- und Isolationsregime des Einpersonengefängnis Imrali ein internationales Projekt. Abdullah Öcalan wird nicht aufgrund seiner vermeintlichen «Verbrechen» isoliert gehalten, sondern weil er es wagte, gegen die führenden Mächte der kapitalistischen Moderne aufzusteigen.

Die Kampagne ist ein Aufschrei gegen die Normalisierung eines inakzeptablen Zustandes und die entschlossene Erklärung, diese Situation nicht mehr hinzunehmen. Würden wir nicht auf ein Lebenszeichen Abdullah Öcalans, seine Freiheit, eine direkte Kommunikation, Bedingungen die ihm ermöglichen, zu arbeiten und wirkmächtig zu werden, bestehen, würde wir unser Haupt vor dem Feind senken. Das werden wir nicht zulassen.

sind in dieser Form einzigartig und ein historisches Ereignis. In der Freiheitsbewegung spricht man immer von der «Revolution in der Revolution», wenn man sich auf die Entwicklung der Frauenbefreiungsideologie und die insbesondere in den letzten 30 Jahren erkämpften Errungenschaften bezieht. Der Frauenbefreiungskampf ist auch eine der wichtigsten Triebkräfte hinter der regionalen Ausbreitung und Internationalisierung der Revolution. Die gemeinsame Identität und die geteilte Realität der Unterdrückung ermöglicht es, dass Frauen über alle nationalen, religiösen, sprachlichen oder kulturellen Grenzen hinweg zusammenkommen und erste Ansätze einer grenzübergreifenden internationalen Frauenorganisation entstehen. So existiert heute mit der Frauenbewegung Zenobia eine allsyrische Frauenorganisation, in welcher sich Frauen auch über die befreiten Gebiete hinaus beteiligen. Im Rahmen der ersten und zweiten Weltfrauenkonferenz diskutierten hunderte Frauen aus unterschiedlichsten Ländern, Kämpfen und Realitäten den Vorschlag des Weltfrauenkonföderalismus. Was wir heute sehen können, das sind die ersten Vorböten



Partisan_innen heute nicht mehr in den italienischen, sondern in den kurdischen Bergen.

Bald werden am internationalen Frauenkampftag vom 8. März 2024 die Frauen/FLINT sich aktiv den öffentlichen Raum nehmen, um gegen patriarchale Strukturen, Ausbeutung, Unterdrückung, Sexismus, häusliche Gewalt und Femizide, etc. vorzugehen. Der Kampf der Frauen in Rojava ist für viele ein wichtiger positiver Bezugspunkt. Hat dieser Kampf auch eine Ausstrahlung auf den Kampf gegen patriarchale Strukturen in der gesamten Region?

Definitiv hat der Kampf der Frauen eine immense Ausstrahlung in die gesamte Region. Besser als durch die Jin Jiyan-Azadi Aufstände in Ostkurdistans und dem Iran hätte der Einfluss, den die Frauenbefreiungsideologie schon jetzt in der Region entwickelt hat, nicht zum Ausdruck kommen können. Der Kampf der Frauen in Rojava, auf den Bergen und in den Städten Nordkurdistans und der Türkei, hat den kämpfenden und nach Freiheit strebenden Frauen auf der gesamten Welt neue Kraft und Hoffnung gegeben. Insbesondere die autonome Organisation der Frauen, welche die Grundlage einer unabhängigen Willensbildung in allen politischen und militärischen Lebensbereichen darstellt,

dessen, was noch kommen wird. Zwar sind die existierenden Organisationen, Bündnisse und Netzwerke bei weitem noch nicht ausreichend und müssen weiter ausgebaut und entwickelt werden. Alles, was heute schon sichtbar ist, die Realität, dass heute Millionen von Frauen weltweit sich in der Parole «Jin Jiyan Azadi» wiederfinden, lässt uns mehr als hoffnungsvoll in die Zukunft blicken.

Welche Schritte der revolutionären Linken wären in den westlichen Metropolen aktuell wichtig zu tun, um die Rojava-Revolution in dieser Phase des Kampfes zu unterstützen?

Zuallererst ist es wichtig, ein Bewusstsein für die aktuelle Situation und Kampfphase zu entwickeln. Dadurch, dass die bürgerlichen Medien, nur sehr spärlich, verzerrt oder gar nicht über die aktuellen Angriffe des türkischen Faschismus und seinem Terror gegen die Zivilbevölkerung berichten, fehlt unter den fortschrittlichen, demokratischen und revolutionären Kräften Europas oft das Bewusstsein über den Ernst der Lage. Das gilt umso mehr für die allgemeine Öffentlichkeit. Es ist enorm wichtig, die

Öffentlichkeit in den jeweiligen Ländern aufzuklären. Dies kann über Medienarbeiten und über kreative oder auch provokante Aktionen passieren. Dabei gilt es nicht nur den Terror des türkischen Faschismus zu verurteilen, sondern immer die Brücke zu den Schuldigen in den eigenen Ländern zu schlagen. Die revolutionäre Linke sollte ihre Aufgabe vor allem daran erkennen, nebst dem Widerstand gegen den türkischen Faschismus die Verantwortlichen im eigenen Land aus der Deckung zu holen. Der türkische Faschismus kann seinen Krieg nur fortsetzen, dank der militärischen, finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Unterstützung, die er aus den westlichen Ländern erhält. Es gibt in den europäischen Ländern Waffenproduzent_innen, Finanziere oder politische Unterstützer_innen des türkischen Faschismus sowie Lobbyorganisationen und andere Institutionen des türkischen Staats selbst. Dabei reicht die bloße Kritik an der Kollaboration mit dem türkischen Faschismus nicht aus. Die Kritik muss sich auch in direkten Aktionen und revolutionären Interventionen niederschlagen. Wenn die revolutionäre Linke in den Metropolen mit den richtigen Mitteln Sand in das Getriebe der international gestützten Kriegsmaschinerie des türkischen Faschismus streut, ist das die beste Form der internationalen Solidarität. Oder wie es die 1998 durch die türkische Armee ermordete Internationalistin und Guerillakämpferin Andrea Wolf in einem ihrer Briefe an die revolutionäre Bewegung in Deutschland formulierte: «Ich würde mir wünschen, dass es in den Metropolen Bewegungen gäbe, die diesen Krieg angreifen, ihn unmöglich machen und einfach den Nachschub kappen. [...] Eine militante Bewegung, die die Kriegsmaschine lahmlegt».

Das Interview ist in voller Länge unter www.aufbau.org zu lesen.

Die Partei TKP-ML Tikko schätzt die aktuelle Situation in Rojava ferner wie folgt ein:

Die letzte Angriffswelle der türkischen Armee ist ein Teil des Spezialkrieges, der von der Türkei gegen Rojava geführt wird. Die Sichtweise in der Bevölkerung soll gestärkt werden, dass der Angriff der Türkei die Reaktion für ihre Verluste in den Bergen seien. Die Angreifer wollen versuchen, eine Kluft zwischen der Bevölkerung und der Guerilla zu schlagen und die Bevölkerung zu einer Distanzierung zur Guerilla und den revolutionären Kräften zu bewegen. Diese sollen zur Überzeugung gebracht werden, dass die Angriffe zu Ende wären, wenn die Guerilla die Waffen niederlegen oder die revolutionären Kräfte sich aus Rojava zurückziehen würden. Doch mit den Angriffen stärken sie den Widerstand und bewirken das Gegenteil. Gleichzeitig mit den Luftangriffen auf die Infrastruktur findet alle paar Tage oder Wochen ein eintägiger Beschuss statt, danach herrscht wieder einige Tage Ruhe. Diese Form des Angriffes soll zur Zermürbung an der Front führen und in niedriger Intensität den Krieg warm halten. Durch die erfolgreichen Verteidigungstaktiken und Gegenaktionen führen diese Angriffe aber zumeist ins Leere. Der Drohnenkrieg wurde im letzten Jahr nochmals intensiviert. Auch dagegen werden Vorkehrungen getroffen und Verteidigungstaktiken entwickelt.

Der Widerstand der palästinensischen Bevölkerung in Gaza hat Auswirkungen auf den gesamten Nahen Osten. Gleichzeitig nehmen die Angriffe unter imperialistischer Führung auf die unterdrückten Bevölkerungen weiter zu, um neue Handelswege zu erschließen. Die Türkei bedient sich an dieser Situation und behauptet – gleich wie Israel – von ihrem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch zu machen. Mit Worten auf der Seite Palästinas, in Taten aber auf Seiten Israels und der imperialistischen Kräfte, versucht Erdogan die muslimische Bevölkerung für sich zu gewinnen und gleichzeitig seine wirtschaftlichen Interessen im Handel mit Israel nicht zu gefährden. Im gleichen Zuge versucht der türkische Staat in Bakure Kurdistan die islamistische Hüda-Partei unter der kurdischen Bevölkerung zu stärken, um eine Spaltung in der kurdischen Bevölkerung zu erzeugen. Amerika und Europa versuchen, ihren Fuss in Rojava zu halten und im Zuge der Angriffe ihren Einfluss zu verstärken. Doch in Rojava, wie auch in Palästina sind die imperialistischen Kräfte mit dem Widerstand der Bevölkerung konfrontiert. Die Einheit und Solidarität zwischen den Völkern ist in Angesicht der massiven imperialistischen Angriffe eine der wichtigsten Waffen.

BUCHBESPRECHUNG

Schaffen die Jungs das?

Markus Theunerts «Jungs, wir schaffen das», vereint ein politisch spannendes Buch mit einer Art psychosozialen Ratgeber. Es möchte ein «Kompass für Männer von heute» sein. Fazit: Unbedingt lesen, egal welches Geschlecht man hat.

(agf) Es geht also um die Emanzipation der Männer. Nicht leicht wenn man bedenkt, dass fast sämtliche kulturellen, strukturellen und ökonomischen Zwänge im patriarchalen Kapitalismus dagegen halten. Damit möchten wir nicht sagen, dass die Sache ausweglos ist, sondern nur, dass sie nicht isoliert angegangen werden kann. Das tut auch Theunert nicht. Er verortet sich links, ist Leiter des Dachverbands progressiver Schweizer Männer- und Väterorganisationen, Psychologe und Soziologe. Transparent gibt er zu, dass er von einem äusserst privilegierten Standpunkt aus argumentiert und dass es von da aus leichter ist, sich als Mann zu emanzipieren: als weisser, hetero *cis-Mann der Mittelklasse in der Schweiz. Da gehen wir ihm völlig recht.

Geschlechterbefreiung

Weshalb wir die Arbeit von Markus Theunert wichtig finden? Für uns ist klar: Soll die Befreiung der Frauen und genderqueeren Personen gelingen, kann dies nur zusammen mit der Befreiung der Männer zum Ziel führen. Schliesslich geht es um neue Geschlechterverhältnisse, in denen beide Seiten sich aus ihren sozialen Rollen heraus kämpfen müssen. Darin steckt auch die ganz allgemein menschliche Emanzipation, die sich nur über neue Produktionsverhältnisse herstellen lässt. Wir verstehen also Männer wie Theunert als Verbündete im Frauenkampf, als Komplizen, wie er es nennt. Die Auseinandersetzung der Männer mit sich und ihrem sozialen Mannsein betrachten wir als notwendige Ebene, als Teil für die Selbstveränderung hin zu einem revolutionären Bewusstsein.

Aktueller Stand der Dinge – Polarisierung

Wie nötig Theunerts Arbeit ist, wird aus Umfragen klar, die zeigen, dass noch immer viele Männer ein eher traditionelles Männerbild haben und ein Drittel von ihnen gar findet, Frauen gehörten wieder hinter den Herd und es akzeptabel findet, Frauen zu schlagen. In einem Taz-Interview erläutert Markus Theunert: «Die Annahme, dass sich das Männerbild ändert, sobald die alten, konservativen Männer wegsterben, trifft leider nicht zu. Eine Studie des Bundesfamilienministeriums hat schon 2017 gezeigt, dass überholte Rollenvorstellungen weitergegeben werden. ... Es gibt sie zwar, die jungen, gendersensiblen Männer. Aber es findet bei der Frage nach Männlichkeit, wie in so vielen Bereichen der Gesellschaft, eine Polarisierung statt. Vereinfacht lässt es sich so zusammenfassen: Ein Drittel der Männer ist antifeministisch-misogyn eingestellt, ein Drittel verharrt in passivem Pragmatismus und ein Drittel ist in einer genderreflektierten Vorwärtsbewegung. Steigende Sensibilisierung und anhaltende hegemoniale Männlichkeit existieren also nebeneinander. Natürlich gibt es immer mehr Männer, die achtsam sind, sich problematischen Männlichkeitsstrukturen widersetzen und nachhaltiger leben. Gleichzeitig gibt es aber auch immer mehr Männer, die jegliche Männlichkeitsreflexion grundsätzlich boykottieren – und das nicht mehr verstecken. Geschlechterstereotype bis hin zu offener Frauenverachtung werden zunehmend selbstbewusst vorgetragen, denn die Rechte hat das erfolgreich normalisiert. ... Die Anforderungen der Gesellschaft an Männer haben sich nicht im Kern verändert, sondern bloss erweitert. Zu den bisherigen Anforderungen – leistungsstarker Ernährer, der weiss, was er will und das auch durchsetzen kann – kommen entgegengesetzte Anforderungen hinzu.

Männer sollen auch emotional kompetent und einfühlsam und als Vater liebevoll und präsent sein. Das sind natürlich legitime Forderungen. Aber solange die alten Imperative weiterwirken, sind diese konträren Anforderungen nicht erfüllbar. Das führt zu Ohnmacht, Verlustangst, Überforderung, Stress. Und Frauenhass ist für viele Männer die attraktivste Form, damit einen Umgang zu finden. ... Auch auf der linksgrünen Seite gibt es viele Männer, die sich als feministische Allies gefallen, sich aber vor der schmerzhaften Auseinandersetzung an der eigenen patriarchalen Teilhabe drücken. ... Das Problem ist doch die Instrumentalisierung des Gleichstellungsansatzes durch das patriarchal-kapitalistische System. Denn dabei bleibt der Mann der Masstab. Ohne fundamentale Männlichkeits- und Patriarchatskritik lassen sich keine gerechten Geschlechterverhältnisse gestalten. Das Gleichstellungskonzept war der politisch machbare Kompromiss, um überhaupt erst einmal voranzukommen. ... Gesamtgesellschaftlich aber ist es kein Fortschritt, wenn Gleichstellung letztlich meint, dass sich Frauen ähnlich ausbeuterisch verhalten wie Männer.»



Was ist schwerer, das alte oder das neue Mannsein?

«Das Patriarchat versteckt sich vor allen Augen»

Dass unsere Welt patriarchal strukturiert ist, ist so allgegenwärtig, dass man es kaum wahrnimmt und es so schwierig macht, dieses zu kritisieren oder anzugreifen. Deshalb kann die männliche Privilegiertheit so leicht verdrängt werden. Hier sieht Theunert den ersten Schritt, der zu tun ist, dass Männer anerkennen, dass sie strukturelle Privilegien geniessen, selbst wenn sie persönlich gar nicht privilegiert leben; dass Männer davon profitieren, wenn sie sich patriarchalen Normen unterwerfen. Und in einem zweiten Schritt, verantwortungsvoll damit umzugehen wissen. Wenn Männer dies täten, würden sie sich von einer Diskussion über toxische Männlichkeit nicht mehr persönlich angegriffen fühlen, weil sie einordnen könnten, dass es um Strukturen und ihre gesellschaftliche Rolle geht.

Er erklärt das Problem mit einem Bild: Der Mann ist zugleich Gefangener und Wächter seiner Zelle. Er braucht gar keine äussere Instanz, um alles, was unmännlich sein könnte, wegzusperren, etwa Bedürftigkeit. Der grosse Entwicklungsprozess sei, mit seinem eingesperrten bedürftigen Anteil in Verbindung zu treten und darauf zu hören. Denn männliche Sozialisation führe zu Selbstentfremdung, weil es für Buben weiterhin riskant ist, ihre Verletzlichkeit zu zeigen. Die Zugehörigkeit zur Gruppe der «richtigen Jungs» ist wichtiger als die Treue zu sich selber.

Die Privilegien entpuppen sich also bei genauerem Hinsehen als Krankmacher und als Korsett, bzw. Männer sind nicht nur Täter sondern auch Opfer des Patriarchats. Gesichert ist, sagt Theunert: «Die Orientierung an traditionellen Männlichkeitsnormen verkürzt das Leben. Männer sterben nicht nur früher, sondern auch einsamer und verbitterter. Das ist empirisch belegt. Und es gibt keine Essenz von Männlichkeit, unabhängig von Epochen und Kulturen. Es gibt auch keine ewige männliche Lust, als Soldat auf einem Schlachtfeld zu verrecken (70% aller Gewaltopfer sind Männer; meistens von anderen Männern). Dafür gibt es eine männliche Sehnsucht, mit sich und anderen verbunden zu sein, andere Menschen auch zu brauchen, also auch Abhängigkeit zuzulassen.»

Markus Theunert beschreibt anschaulich, wie streng es ist, ein echter Kerl zu sein, wie man stets darauf achten muss, den Männlichkeitsanforderungen gerecht zu werden. Gleichzeitig sind dank den feministischen Bewegungen ganz andere Verhaltensregeln gefordert. Das Spannungsfeld ist kaum auszuhalten, Orientierung ist nicht in Sicht – doch einzelne Orientierungspunkte wie Markus Theunerts Arbeit. Sein politisch-psychologisches Buch ist sehr konkret, mit Anleitungen, an die man sich wohl etwas gewöhnen muss. Sie zwingen zur Selbstreflexion. Es geht ja um bewusste, aktive Selbstveränderung, das kann ganz schön auf die Nerven gehen, wenn Vieles verschüttet ist. Da möchte man lieber weiter blättern und sich mit bereits Erreichtem zufrieden geben.

Patriarchat und Klimakrise

Den Zusammenhang belegt Theunert mit Zahlen: Männer verzehren im Durchschnitt etwa doppelt soviel Fleisch wie Frauen. Je stärker sich Männer mit gesellschaftlichen Männlichkeitsanforderungen identifizieren,

umso mehr Fleisch essen sie. Entsprechend finden sich unter zehn Vegetarier_innen nur drei Männer. Vier von fünf Autos mit 2000 cm³ Hubraum werden von Männern gefahren. Männer verbrauchen im privaten Wohnraum 23% mehr Strom. Dies haben Forscher_innen der ETH Zürich festgestellt. Dies zeigt, auch Klimaschutz ist nicht geschlechtsneutral. Die privilegierte Stellung von Männern in der Gesellschaft ist auch mit dem Privileg verbunden, überdurchschnittlich viele materielle Güter zu beanspruchen und zu verbrauchen – wobei dies vor allem eine Klassenfrage ist.

Die eigentliche Wurzel der drohenden Katastrophe ist das männlich geprägte Herrschaftssystem, das es als unumgängliche Selbstverständlichkeit darstellt, natürliche wie auch soziale Ressourcen schamlos auszubeuten. Oder mit den Worten der Geschlechterforscherin Andrea Maihofer: «Bürgerlich-patriarchale Männlichkeit» ist «für das Vorantreiben der neoliberalen Transformationsprozesse – und damit für die Fortsetzung der kapitalistischen Wachstumslogik sowie für die Ausbeutung der Natur – essenziell». Deshalb ist «die Überwindung der bürgerlich-patriarchalen Männlichkeit» auch «für das Ende der kapitalistischen Wachstumslogik unabdingbar».

Wie schaffen die Jungs das?

Theunert: «Sexismus war nie weg. Wie auch? Dafür bräuchte es echte Auseinandersetzung mit Männlichkeit, auch gesellschaftlich akzeptierte Räume dafür. Wir stehen aber immer noch bei hilflosen Veränderungsappellen.» Er habe versucht, eine Positivskizze zu formulieren, wie ein faires Mannsein gelingen könne. Also eine Verbindung von Nachhaltigkeitperspektive und Freude am Mannsein. Es sei ein neuer Versuch, der sich durch das Scheitern aller bisherigen Versuche legitimiere, kritische Männlichkeit in den Mainstream zu bringen. Man habe diesen gesellschaftlichen Konsens, dass man gerechte Geschlechterverhältnisse wolle, jedoch gäbe es keine brauchbaren Angebote für Männer. Das zu entwickeln, sei eine grosse politische Aufgabe.

Wie soll das gehen? Theunerts Antwort darauf ist, dass man auf einem feministischen Fundament Räume öffnen und fördern müsse, in denen Männer Verantwortung für ihre Emanzipation wahrnehmen können. Für ihn bedeutet dies, geschlechterreflektierte Jungenarbeit, Väterbildung und Männerberatung in einer Grundversorgung anzubieten. «Männliche Emanzipation zu erwarten, ohne ein faires Angebot zu machen: Das funktioniert offensichtlich nicht. Wir sollten das anerkennen und überlegen, wie wir das besser machen können.»

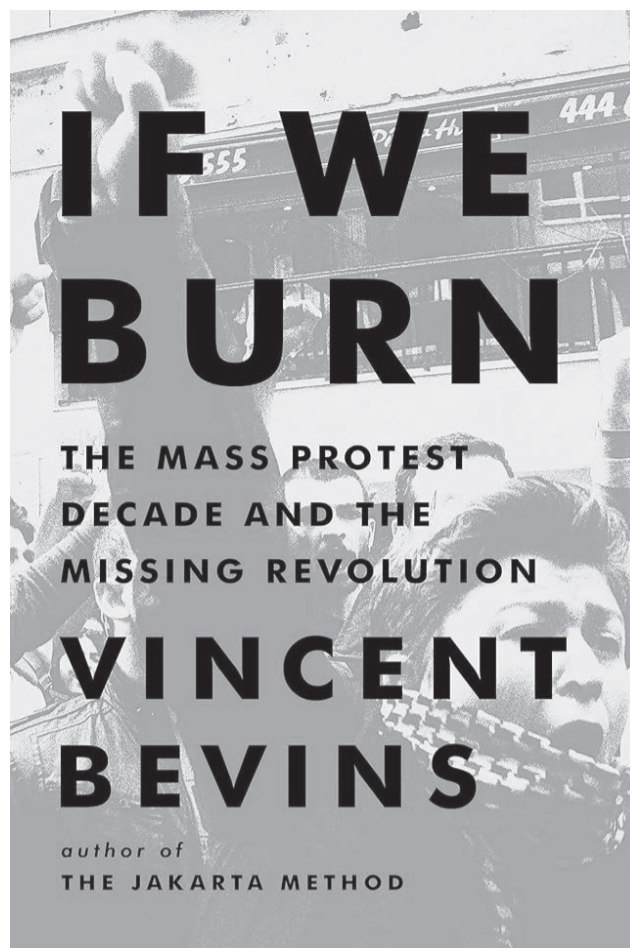
Das ist alles schön und gut, doch halten wir dagegen, dass staatliche Angebote allein weder Geschlechterverhältnisse noch Produktionsverhältnisse revolutionieren können. Und dass der bürgerliche Staat durchaus in der Lage ist, mit reformistischen Verbesserungen berechnete Kämpfe zu vereinnahmen, um im Grunde die Dinge so zu belassen wie sie sind, das hat er bereits mit der Integration von feministischen Forderungen bewiesen.

Florian Butollo / Sabine Nuss (Hrsg.)

Marx und die Roboter

Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit

Dietz Berlin

**Vincent Bevins:
If We Burn**

(az) Was haben Mayara aus São Paulo, Gehad aus Kairo und Bahar aus Istanbul gemeinsam? Sie alle waren zwischen 2010 und 2020 Teil von sozialen Bewegungen, die in Aufständen mündeten, die allerdings keine revolutionäre Situation zu erschaffen vermochten. Diesen und vielen weiteren Geschichten geht der amerikanische Journalist Vincent Bevins in seinem Buch über das Zeitalter der Massenproteste nach. Die sozialen Bewegungen, die «If we Burn» beschreibt, sind Ergebnis von sich über längere Zeiträume verschärfenden Widersprüchen, die durch letztlich zufällige Ereignisse ausbrechen. An einem Ort ist es ein Fall von Polizeigewalt, an einem anderen Ort die Rodung einer Grünanlage, die die Menschen auf die Strasse treibt. So unterschiedlich die Protestbewegungen in ihren Ereignissen und in ihrer Protestkultur sind, gibt es doch Gemeinsamkeiten. Das hat nicht nur damit zu tun, dass man sich aufeinander bezog, sondern auch damit, wie soziale Bewegungen im beschriebenen Zeitraum funktionierten. Dazu gehört die Bedeutung öffentlicher Plätze, die starke Mobilisierungskraft bei gleichzeitiger Schwierigkeit, klare Forderungen zu formulieren, oder die Betonung, auf stramme Organisation und Hierarchien verzichten zu wollen, obwohl man diese im Stillen mitreproduziert.

«If we Burn» ist keine marxistische Analyse darüber, wie soziale Bewegungen funktionieren, sondern eine lesenswerte, wenn auch nicht immer differenzierte Reportage, die Quellenmaterial für eine solche Analyse bietet. Entsprechend fehlt auch eine Antwort auf die Fragen, warum derart viele Aufstände mit meist emanzipatorischen Forderungen ausbrachen, und vor allem warum sie alle scheiterten. Da hilft es wenig, dass an manchen Stellen einige bekannte Theorieketten eingestreut werden, etwa die These einer Repräsentationskrise. Dennoch finden sich am Ende einige interessante Lektionen. Erstens beschwören fast alle Personen, denen man im Verlaufe des Buches begegnet, eine Rückkehr zum «Leninismus». Das ist der von Bevins gewählte Begriff, der nicht ein kommunistisches Programm, sondern einen Organisationsansatz meint: Eine gewisse Hierarchie und Organisation sind notwendig, wollen soziale Bewegungen langfristig erfolgreich sein. Eine zweite Lektion liegt im Erlernen von Niederlagen. Gibt es eine funktionierende Organisation, dann muss nicht jedes Abflauen der Protestdynamik ein Ende der Bewegung bedeuten. Oder in den Worten von Bevins mit Bezug auf Lenin: «Es gibt eine richtige Art zu verlieren, es gibt eine richtige Art zu warten und es gibt eine effektive Art, sich neu zu formieren.»

**Diaty Diallo:
Zwei Sekunden
brennende Luft**

(az) Es ist nicht der erste wütende Banlieue-Roman der vergangenen Jahre. Doch «Zwei Sekunden brennende Luft» der 1989 geborenen Diaty Diallo ist einer der stimmungswaltigsten Texte über das Leben zwischen ständigen Polizeikontrollen, systematischem Rassismus und Überleben in und vor den Betonbauten. Seit einigen Monaten liegt der 2022 auf Französisch erschienene Roman auch auf Deutsch vor.

Vorbild für Diallos Roman liefert die Geschichte von Gaye Camara, der in der Nacht vom 16. auf den 17. Januar 2018 von der französischen Polizei ermordet wurde. Diesem und anderen Opfer der Polizeigewalt widmet die Autorin einen literarischen Text, in dem sich bekanntes wiederholt und Unglück an Unglück reiht: Was mit Kontrollen und Schikanen anfängt, endet bald im Tod durch Polizeikugeln.

Doch «Zwei Sekunden brennende Luft» will nicht einfach aufarbeiten, sondern verschiedene Themen miteinander verknüpfen. So geht es beispielsweise um den öffentlichen Raum, von dem die Bewohner_innen immer wieder vertrieben werden, selbst wenn sie nichts anderes tun, als gemeinsam abzuhängen. «Zwei Sekunden brennende Luft» ist auch ein Roman über Musik, die Stimmungsbilder für die Szenerien liefert. «Zwei Sekunden brennende Luft» ist ebenso ein Roman über Gewalt. Nicht nur in Form wiederkehrender Polizeikontrollen, die tödlich ausgehen, sondern auch in Form militanter Antworten auf dieses System, das nichts anderes als einen Beschuss mit Feuerwerk verdient hat. Und «Zwei Sekunden brennende Luft» ist auch eine literarische Antwort auf die wiederkehrenden Opfer der Polizeigewalt, die eine Stimme erhalten, die ohne falsche moralische Einordnung an den Lebensrealitäten und Kritik an den militanten Antworten auf die Polizeigewalt auskommt.

**Florian Butollo &
Sabine Nuss (Hrsg.):
Marx und die Roboter**

(agj) Der Karl Dietz Verlag aus Berlin ist bekannt für die «Blauen Bände», die bekannteste Ausgabe der Marx-Engels-Werke. Bis heute wird sich in den Veröffentlichungen des Verlags vor allem mit Kritik an der politischen Ökonomie beschäftigt. Auch die gesammelten Werke von Rosa Luxemburg sind hier erschienen. In verschiedenen Reihen werden aktuelle Beiträge zu theoretischen Debatten zur Analyse des Kapitalismus und der Kritik dessen zusammengefasst. Die Reihe «Analysen» beinhaltet Bücher, in denen mit Hilfe der historischen Schriften von Marx, Engels und Luxemburg aktuelle gesellschaftliche Konflikte reflektiert werden. Bekannte Beispiele für die Textsammlungen sind zum Beispiel «Die Diversität der Ausbeutung – Zur Kritik des herrschenden Antirassismus», herausgegeben von Eleonora Roldan Mendivil und Bafta Sarbo, wozu es letztes Jahr auch eine gut besuchte Lesung und Diskussion in der Zentralwäscherei in Zürich gab. Andere Werke nehmen die Wohnungsfrage oder den Arbeitsalltag im globalen Kapitalismus ins Visier.

Im Juli letzten Jahres wurde «Marx und die Roboter – Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit» veröffentlicht. Mit spezifischen Beiträgen diverser Autor_innen wird hier ein grober Überblick zum Einfluss von Digitalisierung auf den Kapitalismus und unser Leben im Allgemeinen gegeben. Begriffe wie Plattform-Kapitalismus oder Industrie 4.0 schwirren mittlerweile zu Hauf durch die bürgerlichen Medien. Im Endeffekt sind es neue Formen altbekannter Ausbeutung. Zwar hatte Marx damals keine Vorstellung von Robotern oder dem Internet, aber beschäftigte sich unter anderem im «Maschinenfragment» mit der Produktivkraftentwicklung in Form von Automatisierung und dem Potential sowie deren Gefahren. Die Autor_innen untersuchen die Hoffnungen und Ängste, die die rasanten Entwicklungen der letzten Jahrzehnte verursachen. In vier Abschnitte gegliedert werden unter anderem die «menschleere Fabrik», «Drohnen, Roboter, synthetische Nahrungsmittel» oder «der Arbeitsprozess auf Crowdwork-Plattformen» analysiert.

Für ein Verständnis der Texte muss niemand ein Technerd sein. Die konkreten Beispiele, die uns allen schon im Alltag begegnet sind, in Kombination mit der marxistischen Theorie helfen einen Einstieg in das Thema zu bekommen. Es ist definitiv eine empfehlenswerte Lektüre und kann problemlos quer gelesen werden. In Beiträgen wie «Die Steuerungswende – Zur Möglichkeit einer nachhaltigen und demokratischen Wirtschaftsplanung im digitalen Zeitalter» wird auch das Potential der neuen Entwicklungen aufgezeigt. Die sich natürlich nur im Kommunismus entfalten könnten.

SCIENCE-FICTION

Little Brother



Illustration aus dem Buchcover von Little Brother

Little Brother ist eine Science Fiction-Buchserie über Auswirkungen der zunehmenden Überwachung und Repression zu Beginn des 21. Jahrhunderts und den Widerstand dagegen.

(rabs) Der 17-Jährige Marcus Yallow schwänzt gemeinsam mit drei Freund_innen die Schule, um eine Aufgabe in einem Virtual Reality-Spiel zu lösen, bei der sie einen versteckten Gegenstand suchen müssen. Während der Suche werden sie von einer fernen Explosion überrascht, in ganz San Francisco heulen Sirenen, und per Lautsprecher wird dazu aufgefordert, Schutzräume aufzusuchen. Im Gedränge auf dem Weg in eine U-Bahn-Station wird Marcus' Freund Darryl mit einem Messer schwer verletzt. Da die Notruflinien überlastet sind, beschließen die Freund_innen, auf der Strasse nach Hilfe zu suchen. Nachdem Marcus auf die Fahrbahn springt, um ein Fahrzeug anzuhalten, werden sie von Bewaffneten entführt, und mit Säcken über den Köpfen in ein Gefängnis transportiert. Nach einigen Tagen Verhör unter Folter kommt Marcus frei, und das Stadtbild hat sich komplett geändert: Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung nach dem Anschlag auf die Bay-Bridge und einen U-Bahn Tunnel hat das Department of Homeland Security (DHS) die Kontrolle über die Stadt übernommen. Systematische Kommunikationsüberwachung, das Anlegen von Bewegungsprofilen und Festnahmen bei kleinsten Abweichungen von der gesellschaftlichen Norm gehören zur neuen Realität. Doch es formiert sich auch Widerstand gegen die Massnahmen.

So kann das Setting der aus drei Büchern bestehenden Little Brother-Serie vom Autor Cory Doctorow eingeführt werden.

Das erste, namensgebende Buch der Serie wurde 2008 im Eindruck der anhaltenden Konsequenzen des Patriot

Acts und der Gründung des DHS geschrieben. Aus der Perspektive von Marcus Yallow erleben die Leser_innen den Umbau der Gesellschaft in einen Polizeistaat, der neben der Überwachung und willkürlichen Festnahmen auch Infiltration von und Repression gegen politische Widerstandsbewegungen sowie Medienmanipulation und Meinungskontrolle im «Red Scare»-Stil beinhaltet.

Der idealistische Marcus, der sich bereits vor seiner Verschleppung durch das DHS der Überwachung und Eingrenzung durch die Schule so weit wie möglich entzog, widersetzt sich dem gesellschaftlichen Wandel. Während er zuerst klandestin agiert, gemeinsam mit anderen Jugendlichen verschlüsselte Kommunikationsnetzwerke aufbaut und Überwachungssysteme sabotiert, wandeln sich seine Aktivitäten im Laufe der Geschichte in kollektive öffentlichkeitswirksame Aktionen.

Das erste Buch der Little Brother-Serie endet damit, dass Marcus einer Investigativjournalistin seine Geschichte erzählt, nach dem Veröffentlichung des Artikels die Nationalgarde eingreift, und das DHS aufgelöst wird. Marcus fordert anschliessend in einem Video dazu auf, wählen zu gehen, um ein Zeichen für die Freiheit zu setzen.

Dieser aus revolutionärer Sicht schwierige Abschluss der Geschichte wird im zweiten Buch «Homeland» revidiert, in dem Marcus – nun als junger Erwachsener – sich nach einem Leak von kompromittierenden Akten im Spannungsfeld zwischen dem Wahlkampf einer Kleinpartei und einer Massenbewegung auf der Strasse befindet.

In «Attack Surface», dem dritten Buch, das keine direkte Fortsetzung ist, wird die Perspektive von Masha Maximow eingenommen, einer Hackerin im Auftrag einer zwielichtigen internationalen Cybersecurity-Firma. Masha unterstützt in ihrem gut bezahlten Job repressive Regimes dabei, die Bevölkerung zu unterdrücken, in ihrer

Freizeit unterstützt sie Widerstandsgruppen bei technischen Fragen. Diese Dualität funktioniert nicht auf Dauer, der Konflikt bricht spektakulär auf.

Geschrieben für Jugendliche, spannend für alle

In der Little Brother-Serie – aber auch in vielen seiner anderen Geschichten – ist offensichtlich, dass Doctorow sich zur Aufgabe gemacht hat, Wissensvermittlung zu betreiben. Dies gelingt ihm gut, er lässt konkrete Informationen einfließen, ohne dass es der Spannung schadet. Dabei ist auch der aktivistische Hintergrund des Autors bemerkbar, so werden unter anderem konkrete Techniken bei Demonstrationen (z.B. Bezugsgruppenbildung, «Mic check» und Handzeichen als Kommunikationstechnik bei Grossdemonstrationen) und bei der IT-Sicherheit (verwenden von Signal und Tor zur Kommunikation) vermittelt. Das Alter der ersten beiden Bücher (2008 und 2013 erschienen) wird gerade bei der technischen Wissensvermittlung manchmal zum Nachteil, da die Informationen zwar weiterhin korrekt sind, aber manchmal nicht mehr relevant.

Dass die Zielgruppe der Little Brother-Serie Jugendliche und junge Erwachsene sind, fällt besonders in der Beschreibung von zwischenmenschlichen Beziehungen auf. Dies schadet (auch für Erwachsene) weder dem mitreissenden Schreibstil noch den interessanten politischen Inhalten. Aus revolutionärer Sicht kann kritisiert werden, dass in den Büchern zwar auch tiefer gehend gesellschaftliche Verhältnisse thematisiert werden – sie handeln jeweils von einem zum Zeitpunkt des Schreibens aktuellen Thema –, diese Kritik aber nicht zu einer grundsätzlichen antikapitalistischen Gesellschaftskritik zusammengeführt wird. Dennoch schaffen es die Bücher, bei den Leser_innen den Willen zum Ändern der Gesellschaft zu befeuern.

Die Bücher wurden unter den Titeln «Little Brother – der Aufstand», «Little Brother – Die Revolution» und «Little Brother – Die Sabotage» ins Deutsche übersetzt. Da die ersten beiden Bücher unter einer freien Lizenz veröffentlicht wurden, können diese als englisches eBook gratis von Doctorows Homepage craphound.com heruntergeladen werden. Vom ersten Buch der Serie existieren neben der professionellen Übersetzung auch eine gratis Übersetzung und Hörbuch-Fassung.

Cory Doctorow

Cory Doctorow ist ein Science Fiction- und Sachbuch-Autor, der sich mit den Themen Überwachung, Eigentum, Arbeitsverhältnissen und alternativen Gesellschaften auseinandersetzt. Neben seiner gesellschaftskritischen Seite dringt in seinen Werken auch eine Liebe für moderne und digitale Technologien durch, und seine Wut darüber, was der Kapitalismus mit diesen anstellt.

Neben Büchern und Geschichtensammlungen schreibt Doctorow in seinem Blog pluralistic.net beinahe täglich Beiträge, oft zum Verhältnis zwischen Arbeit und modernen Technologien, zum Beispiel zu Gig-Arbeit, der Bedrohung von Arbeitsplätzen durch künstliche Intelligenz oder den aktuellen Gewerkschaftsbewegungen in den USA.

Doctorow hat die Fähigkeit, auch an sich trockene Themen in spannenden Geschichten zu verpacken, zum Beispiel in «Red Team Blues», einem Anti-Finanz-Thriller mit einem alternden forensischen Buchhalter als Ich-Erzähler, in dem versteckte Finanzflüsse thematisiert werden. Auch beim Thematisieren von moderner Technologie werden immer die Menschen in den Vordergrund gerückt – so gelingt es, dass auch techniklastigere Texte für ein weniger technikaffines Publikum spannend bleiben.

Deutsches eBook: https://cwoehrl.de/files/lbdt_v1.pdf / **Deutsches Hörbuch:** <https://littlebrotherhoerbuch.wordpress.com/>

IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org Winterthur: Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org
 Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Buch am Platz, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel/Paranoia City Buch & Wein, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, /Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.